

In Gottes Namen?

Ökumene – Religion – Politik

OeME-Herbsttagung 2005
zur
Charta Oecumenica

Samstag, 19. November
Ökumenisches Zentrum Kehrsatz

Vorbereitungsgruppe	Martin Bauer, Käthiruth Burkhardt, Kari Graf, Rebekka Grogg, Pia Grossholz, Matthias Jäggi, Christoph Knoch-Mund, Harald Möhle, Albert Rieger, Magdalena Schlosser
Trägerorganisationen	Fachstelle für Oekumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit (OeME) der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Bern Katholische Arbeitsstelle Kirche im Dialog, Bern Arbeitsgemeinschaft der Kirchen im Kanton Bern AKB
Musikalische Begleitung	Christoph Fankhauser, Huttwil Bläsergruppe der Heilsarmee Bern
Tonmitschnitt	Pierre Kocher, Radio chrüz u quer, Bern
Fotos	Olivier Sauter, Stefan Wermuth
Dokumentation	Magdalena Schlosser, Fachstelle OeME
Vervielfältigung	Druckerei Graf-Lehmann AG, Bern
Herausgeberin	Fachstelle OeME Speichergasse 29, 3011 Bern Tel. 031 313 10 10 Fax 031 313 10 11 E-Mail: oeme@refbejuso.ch www.refbejuso.ch/oeme
Papier	holzfrei, chlorfrei
Datum des Erscheinens	Februar 2006
Preis	Fr. 10.00 inkl. Porto Für Teilnehmende im Tagungsbeitrag inbegriffen

Fachstelle für Okumene, Mission und
Entwicklungszusammenarbeit OeME



Fachstelle „Kirche im Dialog der
römisch-katholischen Kirche Bern



Arbeitsgemeinschaft der
Kirchen im Kanton Bern

AKB

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Programm	5
Begrüssung	6
Kann Politik heilig sein? Zur Rolle der Religion im Staat <i>Referat Gret Haller, Bern</i>	8
„Was ist uns als Kirche/Religion heilig?“. Wie setzen wir die Herausforderungen der Charta Oecumenica konkret um? <i>Talkrunde mit Kirchen- und Religionsvertreter/innen</i>	21
Beiträge aus den Ateliers	40
Atelier 1: Konfessionsverbindende Familien	40
Atelier 2: Evangelikal-Liberal	42
Atelier 3: Ökumene im sozialen Handeln	43
Atelier 4: Schritte auf dem Weg der eucharistischen Gemeinschaft	44
Atelier 5: Islam und Politik in der Schweiz	46
Atelier 6: Das Heilige in der Politik	49
Stärkung auf dem Weg <i>Ökumenische Feier</i>	51

PROGRAMM

- 09.00 Eintreffen. Kaffee, Gipfeli**
- 09.30 Lieder zum Tag**
- 09.45 Begrüssung und Einführung**
Albert Rieger, Fachstelle OeME
- 10.00 Kann Politik heilig sein? Zur Rolle der Religion im Staat**
Gret Haller, Bern
- 11.00 „Was ist uns als Kirche/Religion heilig?“
Wie setzen wir die Herausforderungen der Charta Oecumenica konkret um?**
Talkrunde mit Kirchen- und Religionsvertreter/innen
- *Samuel Lutz, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn*
 - *Roland-B. Trauffer, Generalvikariat Diözese Basel*
 - *Elsbeth Zürcher, Mennonitengemeinde Bern*
 - *Peter Siegfried, Evangelisch-Methodistische Kirche Schweiz*
 - *Rifa'at Lenzin, Islamische Gemeinschaft Zürich*
- Moderation: Erwin Koller, ehem. Sternstundenredaktor SF DRS*
- 12.30 Mittagessen**
The-Boss-Catering, Bern
- 13.45 Ateliers – Diskussionen mit Fachleuten und Betroffenen**
- Atelier 1:** Konfessionsverbindende Familien
*Wen oder was verbinden konfessionsverbindende Familien?
Die Freuden und Sorgen im Alltag*
- Atelier 2:** Evangelikal-Liberal
*Übersteigt die Ökumene die Polarisierung in den Kirchen?
Im Spannungsfeld von Frömmigkeit und Politik*
- Atelier 3:** Ökumene im sozialen Handeln
*Kann Ökumene unser soziales Handeln fruchtbarer machen?
Basisökumene konkret*
- Atelier 4:** Schritte auf dem Weg der eucharistischen Gemeinschaft.
*Welche Schritte wurden bereits getan, welche sind zu tun?
Im Spannungsfeld von Lehramt und kirchlicher Basis*
- Atelier 5:** Islam und Politik in der Schweiz
*Was müssen demokratischer Rechtsstaat und Islam einander
abverlangen und zugestehen?
Praktische Schritte für eine Differenzverträglichkeit*
- Atelier 6:** Das Heilige in der Politik.
Welche Rolle spielt die Religion in unserem Staat (in der Schweiz und im Kanton Bern)?
- 16.00 Stärkung auf dem Weg**
Ökumenische Feier
*Gestaltet von Mitgliedern der AKB
und Rebekka Grogg und Res Meier, Ökumenisches Zentrum Kehrsatz*
- 16.30 Abschluss der Tagung**

BEGRÜSSUNG UND EINFÜHRUNG

Albert Rieger, Fachstelle OeME

Liebe Tagungsgäste
Liebe Frauen und Männer

Ein herzliches Willkommen Ihnen allen zu unserer OeME-Herbsttagung 2005 im Ökumenischen Zentrum Kehrsatz. Der Ort, an dem wir uns heute versammeln, ist so etwas wie ein Zeitzeichen für das Thema dieser Tagung. Vor 30 Jahren – Sie werden es am Eingang des Gebäudes bemerkt haben – wurde der Grundstein für dieses Ökumenische Zentrum gelegt; ein Jahr später kam es zur offiziellen Einweihung. Aber schon in den Jahren davor begann der „lange Marsch“ der Ökumene – inspiriert u.a. durch die Beschlüsse des 2. Vatikanischen Konzils – hier in Kehrsatz, an vielen weiteren Orten der Schweiz wie auch in anderen europäischen Ländern. Die Zeichen in der weltweiten Ökumene standen auf Aufbruch und ein geflügeltes Wort sah in diesen Jahren genau darin eine vorrangige Aufgabe der Kirchen, nämlich „die Zeichen der Zeit“ zu erkennen.

Heute – 30 Jahre danach – hat sich unsere Situation und haben sich auch die „Zeichen der Zeit“ in vielerlei Hinsicht fundamental verändert. Das ökumenische Feuer lodert nicht mehr so stark wie einst und mancherorts ist von einer ökumenischen Eiszeit oder einer „Ökumene auf der Kriechspur“ die Rede. Frustrationen, Skepsis, auch Verletzungen über den Stand und Gang der Dinge sind spürbar und hörbar. Diese wahrzunehmen und ernst zunehmen ist unumgänglich – und dafür soll der heutige Tag Zeit und Raum geben. Und dennoch: Wir sollten bei all dem nicht aus den Augen verlieren, was an konkreter ökumenischer Zusammenarbeit und Praxis in den letzten Jahren ebenso gewachsen ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich Menschen, vor allem an der Basis, heute in gemeinsamen Projekten engagieren, ist ermutigend. In der sozialen und diakonischen Arbeit, in der Bildung, in der entwicklungspolitischen und ökologischen Arbeit, im Migrationsbereich sind die Früchte dieser Zusammenarbeit sichtbar und greifbar geworden. Auch davon werden wir am heutigen Tag einen Eindruck bekommen. Solches Engagement geschieht häufig unspektakulär, verbunden mit viel Freiwilligenarbeit, und getragen von Menschen, die mit einem langen Atem an der Vision einer versöhnten, gerechten und friedvollen Welt festhalten.

Kann die Charta Oecumenica, jene gemeinsame Selbstverpflichtung der europäischen Kirchen, neuen und frischen Wind für das Schiff der Ökumene bringen? Manche von Ihnen kennen diesen Text vielleicht schon – er umgibt uns heute in der Runde dieses Saals auf den Transparenten, die die Kernsätze dieser Charta festhalten, und die uns vom Deutschen Kirchentag zur Verfügung gestellt worden sind. Mit dem fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsen Europas sind die Kirchen und Religionen mehr denn je gefragt, was ihr Beitrag in diesem Prozess sein kann und wozu sie sich verpflichten wollen. Die Schweizer Kirchen haben Anfang des Jahres diese Selbstverpflichtungen unterzeichnet. Die heutige Tagung ist Ausdruck des Willens, dass dieses Dokument nicht toter Buchstabe bleiben soll, dass vielmehr konkrete Schritte der Umsetzung diskutiert und Perspektiven nach vorne eröffnet werden. Wir freuen uns – und das ist bereits ein erster Schritt –

dass die Arbeitsgemeinschaft der Kirchen im Kanton Bern diese Tagung mit gestaltet und dass damit auch die Vielfalt der kirchlichen Bewegung in unserer Region sichtbar wird. Und was uns besonders freut: Es ist zum ersten Mal überhaupt, dass eine Bläsergruppe der Heilsarmee eine OeME-Tagung musikalisch begleitet.

Liebe Tagungsgäste, auch in einer zweiten Hinsicht befinden wir uns heute in einer fundamental veränderten Situation. Nicht nur das Verhältnis der Kirchen und Konfessionen steht neu zur Debatte, auch die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft ist ganz neu ein Thema der öffentlichen Diskussion geworden. Vieles an dieser vielzitierten „Rückkehr des Religiösen“ mag erstaunen und faszinieren, und dennoch weckt sie auch widersprüchliche und zwiespältige Gefühle. Sicher ist aber so viel: Diese Entwicklung fordert dazu heraus, über Chancen und Grenzen der Religion im Gemeinwesen neu nachzudenken. Das ist ja längst nicht mehr nur eine Frage an die christlichen Kirchen. Mitbürgerinnen und Mitbürger aus anderen Religionen leben heute mit uns, viele schon in der zweiten und dritten Generation. Umso mehr freut es uns, dass einige muslimische Gäste heute an unserer Tagung mitmachen und dass wir mit ihnen zusammen über diese Fragen nachdenken können. Vielleicht bildet unsere Tagung damit einen ersten kleinen Schritt auf dem Weg in eine neue, erweiterte Ökumene, die nach meiner festen Überzeugung unser beginnendes Jahrhundert prägen wird: Eine Ökumene von Menschen aus allen Religionen, die sich für Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden auf unserer blutgetränkten Erde einsetzen. Eine solche Ökumene wäre auch eine andere Art der Globalisierung, anders als die gegenwärtige herrschende wirtschaftliche Globalisierung, von der ganze Völker und die Ärmsten dieser Welt weitgehend ausgeschlossen werden. Es wäre eine Ökumene, die nicht exklusiv ist, sondern die Armen und Andern einschliesst und Menschen zusammenführt – in einer offenen Auseinandersetzung, in streitbarer Friedfertigkeit.

Dieses letzte Stichwort leitet unmittelbar zu unserer Referentin über. „Streitbare Friedfertigkeit“ so hiess der Titel eines Buches von Gret Haller, das in den 80er Jahren erschienen ist. In dieser und in weiteren Publikationen, vor allem aber in ihrem soeben erschienenen Buch „Politik der Götter – Europa und der neue Fundamentalismus“ hat sich Gret Haller intensiv mit den Fragen auseinandergesetzt, die uns auch zur heutigen Tagung angeregt haben. Und mit diesen Fragen ist Gret Haller in ihrem vielfältigen beruflichen Engagement immer wieder konfrontiert worden: in der städtischen und eidgenössischen Politik, als ständige Vertreterin der Schweiz im Europarat, als Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina.

„Kann Politik heilig sein? Zur Rolle der Religion im Staat“: Frau Haller, Sie haben das Wort.

KANN POLITIK HEILIG SEIN?

ZUR ROLLE DER RELIGION IM STAAT

Referat Gret Haller, Bern

Die heutige Tagung befasst sich schwergewichtig mit der „Charta Oecumenica“ der Europäischen Kirchen. Wenn wir die Frage stellen, welche Rolle die Religion im Staat haben kann oder haben soll, und wenn wir in die europäische Geschichte zurückblicken, so finden wir das ganze Mittelalter geprägt von einer Jahrhunderte langen Auseinandersetzung darüber, ob der Papst oder der Kaiser wichtiger sei. Wir wissen alle, dass dieser Streit zugunsten der Staatlichkeit und zu lasten der katholischen Kirche geendet hat. Mit der Reformation kam es vom 16. Jahrhundert an es zu einer Vielfalt der Konfessionen. Und wie der Name schon sagt, basierte der Glaube von jetzt an auch auf der „confessio“, auf dem Bekenntnis. Vorher war die grosse Mehrheit der Menschen in Europa einfach in die römisch-katholische Religion hineingeboren worden, wenn sie nicht zur kleinen Minderheit jüdischen Glaubens gehörten. Neu war nun, dass man sich zu einer Konfession bekennen konnte. Nun kam es aber zu einer verhängnisvollen Verschränkung von Religion und Politik. Die Konfession, also das »Bekenntnis«, ist undiskutierbar und beansprucht sowohl Absolutheit wie auch Universalität, und deshalb bemächtigte es sich der Politik. Oder umgekehrt formuliert bemächtigten sich die verschiedenen Herrscher verschiedener Konfessionen und fanden neu eine religiöse Begründung für ihre Kriege. Das war vorher nur in den Kreuzzügen gegen die muslimische Welt möglich gewesen. Für die Kriege innerhalb Europas standen keine religiösen Begründungsmöglichkeiten zur Verfügung, weil Europa einheitlich christlich war. Die so entstandene Gewaltbereitschaft war neu und ungeheuer groß. Die Kriege wurden entsprechend lang und unerbittlich. Und dies einfach deshalb, weil eine religiös motivierte Kriegspartei aufgrund des Absolutheitsanspruches keinen Frieden schließen kann. Sie kann nur siegen oder vernichtet werden.

Im 16. und 17. Jahrhundert führten die Religionskriege in Europa dazu, dass praktisch ein Drittel der gesamten Bevölkerung eines gewaltsamen Todes starben. Das war eine so entsetzliche Erfahrung, dass die damaligen Fürsten und Könige vereinbarten, es dürfe in Europa nie wieder aus religiösen Gründen Krieg geführt werden. Im berühmten Westfälischen Frieden von 1648 wurde die Religion ein für allemal in die staatliche Rechtsordnung eingebunden. Die Absicherung des Ganzen erfolgte, indem die verschiedenen beteiligten Staaten miteinander vereinbarten, dass sie es alle so halten wollten. Der Westfälische Frieden ist der erste völkerrechtliche Vertrag, das heisst also ein Vertrag zwischen verschiedenen Staaten, die gleichberechtigt etwas miteinander aushandeln und unterzeichnen. Noch heute ist es für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Religion und Staat von grosser Bedeutung, dass das Völkerrecht in genau dem Moment erfunden worden ist, als man die Religion der Staatlichkeit unterordnete. Diese beiden Dinge haben einen inneren Zusammenhang, und ich werde darauf zurückkommen.

Eigentliche Religionskriege gab es seitdem in Europa nicht mehr. Aber in späteren Jahrhunderten trat an die Stelle der Religion die Nation, und diese hatte ähnlich

verhängnisvolle Auswirkungen wie früher die Religion. In der Zeit der Religionskriege waren die am Krieg beteiligten Staaten praktisch ausnahmslos Monarchien gewesen, also beherrscht durch einen König oder einen Fürsten. Die Aufklärung, die sich im 18. Jahrhundert immer mehr ausbreitete, stellte die Monarchie in Frage, und sie propagierte die Demokratie, also die Herrschaft nicht mehr der Könige, sondern die Herrschaft des Volkes. Das erste mal konnte sich dieser Gedanke landesweit in Grossbritannien durchsetzen, wo neben dem König und der Vertretung des Adels auch eine Volksvertretung geschaffen wurde. Noch heute gibt es das Unterhaus für das Volk, das Oberhaus für den Adel, und die Königin ist auch ein Teil des Parlamentes, sie hat dort einen Stuhl und sie verliest nach wie vor die jährliche Thronrede, auch wenn diese heute vom Premierminister geschrieben wird. Turbulenter ging es in Frankreich zu, wo erst viel später, nämlich 1789 die Revolution ausbrach und der König kurzerhand geköpft wurde. Der Adel wurde entmachtet, und besonderes scharf ging man mit dem Klerus ins Gericht, also mit den Geistlichen, welche den König bisher in seinen Regierungsgeschäften immer noch beraten hatten. Es wurde eine ganz strikte Trennung von Kirche und Staat eingeführt - die noch heute unter dem Begriff der „Laïcité“ bekannt und wirksam ist. Damit wollte man sicherstellen, dass die Geistlichen auf die Politik keinen Einfluss mehr nehmen konnten, ganz gleich, welcher Religion sie angehörten. Damals wurde England wie auch Frankreich zu sogenannten Nationalstaaten, und viele andere europäische Staaten gaben sich später auch diese Form. In der Schweiz erfolgte die Gründung des Nationalstaates 1848. Der Nationalstaat ist noch heute die Grundform der internationalen Organisation. Die Welt ist in lauter Nationalstaaten eingeteilt.

Am Anfang stand die Idee des Nationalstaates für die grossen Ideale der Aufklärung. Die französische Revolution hatte die drei Begriffe der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Heute würden wir für Brüderlichkeit vielleicht eher das Wort Solidarität oder Mitmenschlichkeit verwenden. Später aber verstanden die Bewohner eines Landes ihre eigene Nation immer mehr als etwas besonderes, das besser sei als die anderen Nationen. Und so entstand im 19. Jahrhundert der Nationalismus, der wieder zu entsetzlichen Kriegen führte. Die Rituale waren ähnlich wie jene der Religionen einige Jahrhunderte zuvor: Früher waren es religiöse Hymnen, die gesungen wurden, jetzt waren es nationale Hymnen. Früher waren es religiöse Prozessionen, jetzt waren es nationale Aufmärsche. Die mitgetragenen Fahnen präsentierten nun nicht mehr religiöse Symbole sondern nationale oder sogar nationalistische. Kurz, mit dem übersteigerten Nationalgefühl konnte das selbe erreicht werden wie früher mit der übersteigerten Religiosität, wenn diese Dinge einmal absolut gesetzt worden waren. Die neuen Kriege waren nicht weniger verheerend als die früheren Religionskriege. Ihren Höhepunkt erreichten sie in den beiden Weltkriegen. Das Entsetzen über die Gräueltaten des zweiten Weltkrieges war so gross, dass Europa nach 1945 etwas ähnliches machte wie 1648. So wie damals die Religion und die Konfessionen in eine übergeordnete staatliche Ordnung eingebunden worden waren, band man nun die Nationen in eine übergeordnete rechtliche Ordnung ein. Und diese Ordnung ist heute die Europäische Union.

Noch einmal führte in der Folge ein Absolutheitsanspruch in Europa zu Kriegsgräueln, nämlich in den Neunziger Jahren im Balkan. Jetzt waren es die ethnischen Gruppen, welche sich selber absolut setzten und die anderen ethnischen Gruppen vertreiben oder vernichten wollten, wenn sie sich nicht vertreiben liessen. Und heute macht Europa noch einmal das selbe, indem es versucht, die verschiedenen ethnischen Gruppen in eine übergeordnete rechtliche Ordnung einzubinden. Dieser

Prozess ist schwierig und noch lange nicht abgeschlossen, wie uns Berichte aus Bosnien, Serbien-Montenegro und anderen Balkan-Staaten vor Augen führen. Man kann sich die verschiedenen Einbindungsprozesse als eine Spirale vorstellen. In einer ersten Windung vor 350 Jahren wurde die Religion eingebunden, dann in einer zweiten Windung nach 1945 die Nationen, und jetzt in einer dritten Windung sind es die ethnischen Gruppen. Immer muss ein Phänomen bewältigt werden, welches sich absolut gesetzt hat, und welches gewalttätig geworden ist, weil es sich absolut gesetzt hat. Man hat es zwar immer wieder mit einem neuen Phänomen zu tun, aber der Mechanismus ist der selbe, nämlich die Einbindung in eine übergeordnete rechtliche Ordnung. Der Durchbruch zu einer solchen neuen Ordnung wird immer dann möglich, wenn nicht nur das Leiden sondern auch das Entsetzen über die Ungeheuerlichkeit des Geschehens so gross wird, dass die Schuldfrage nicht mehr übersehen werden kann. So gesehen ist Europa mit der Schuldfrage und an der Schuldfrage gewachsen. Dies kommt übrigens in der „Charta Oecumenica“ klar zum Ausdruck. Der dritte Teil zu Europa beginnt mit einem Hinweis auf das Unheil, das die Christen in Europa und über dessen Grenzen hinaus angerichtet haben, und es ist von Mitverantwortung und Schuld die Rede.

Foto 1

In diesem Zusammenhang möchte ich ein erstes mal auf das Heilige in der Politik zu sprechen kommen. Die alles prägende europäische Losung heißt »Nie wieder!«. Durch das immense Leiden wuchs in Europa – sehr langsam und über Jahrhunderte hinweg – die Einsicht, aber auch die Bereitschaft, aus der Vergangenheit zu lernen. Das bedeutet für Europa, dass man bereit ist, die Vergangenheit weiter mit sich herumzutragen, die Erinnerung an das Leiden mit sich herumzutragen, und damit auch die Schuld an diesem Leiden mit sich herumzutragen. Der Bezugspunkt für den Entwicklungsschub liegt gleichsam in der Vergangenheit, der Fixpunkt ist das Alte, dessen Wiederholung es zu vermeiden gilt. Aber dieses Alte ist keineswegs nostalgisch verklärt, sondern es löst die zukunftsorientierte Innovation aus. Die Vergangenheit wird mit der Zukunft verklammert und beeinflusst so das Handeln in der Gegenwart. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Begriff der Menschenwürde.

Menschenwürde kann es nur als gleiche Würde aller Menschen geben. Dies bedeutet, dass die Verletzung der Würde eines anderen Menschen immer gleichzeitig eine Verletzung der Würde aller Menschen ist, also auch meiner eigenen Menschenwürde. Wenn man sich für die Würde anderer Menschen einsetzt, setzt man sich immer auch gleichzeitig für die eigene Menschenwürde ein. Und wenn man sich für die eigene Menschenwürde wehren will, ohne allen anderen Menschen die genau gleiche Würde zuzugestehen, dann wehrt man sich umsonst, es nützt nichts, denn es kann in der Tiefe gar nicht wirksam werden. In den entscheidenden Momenten der Neubesinnung, welche in der Geschichte dieses Kontinentes zu finden sind, muss die Einsicht in diese Zusammenhänge eine Rolle gespielt haben, ausgesprochen oder auch unausgesprochen. Vielleicht könnte man Verantwortlichkeit für die Menschenwürde auch als einen Aspekt des Heiligen in der Politik bezeichnen. Das selbe gilt übrigens auch im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit für die Umwelt. Der Begriff des Heiligen muss hier gar nicht unbedingt mit Religion im engeren Sinne zusammengebracht werden. Es gibt im Sprachgebrauch auch die nicht-religiöse Verwendung des Begriffes, zum Beispiel in der »heiligen Wut« oder im »heiligen Ärger«. Hier markiert dieser Begriff einfach, dass eine Grenze überschritten worden ist, die nach einer besonderen Verpflichtung ruft. Wenn jemand sagt, etwas sei ihm »heilig«, dann macht er keine religiöse Aussage, sondern er will damit nur ausdrücken, dass ihm diese Sache äußerst wichtig und grundlegend sei. Genau das ist es, was im europäischen »Nie Wieder« seit 1945 zum Ausdruck kommt.

Wie sehr hier etwas ganz Tiefes in Europa verankert ist, haben die europaweiten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg gezeigt. Es gab kein europäisches Land, weder im Westen noch im Osten dieses Kontinentes, in welchem die Bevölkerung nicht klar gegen diesen Krieg gewesen wäre. Auch die britische Bevölkerung war dagegen, und jene Regierungen, welche den Krieg befürworteten, haben nicht in Übereinstimmung mit ihrer Bevölkerung gehandelt. In jener Zeit im Frühling 2003 ist für Europa definitiv klar geworden, dass die Vereinigten Staaten anders funktionieren als unser Kontinent. Die unterschiedliche Prägung reicht geschichtlich weit zurück, nämlich bis in die Anfänge der Besiedlung Amerikas durch die Europäer. Als im 17. Jahrhundert die große Auswanderung in Richtung Westen begann, spielten die Puritaner eine wichtige Rolle, die versucht hatten, in England die Macht zu übernehmen. Sie gingen davon aus, dass ihre Religionsgemeinschaften schon an sich die öffentliche Ordnung darstellten und diese Ordnung auch selber garantieren konnten. Deshalb brauchten sie gar keinen Staat und lehnten ihn deshalb ab. Heute würden wir eine solche Organisationsform als Gottesstaat bezeichnen. Weil sie in England scheiterten, beschlossen sie, ihre Pläne in Amerika umzusetzen. Ihnen folgten schon bald andere Religionsgemeinschaften, aber die öffentliche Ordnung wurde auch für diese anderen Gemeinschaften von den Puritanern geprägt. Es gab von Anfang an eine Art kommunale Demokratie. Die demokratische Beteiligung war aber an die Mitgliedschaft in einer kirchlichen Gemeinschaft gebunden. Man musste nach moralischen Kriterien für gut befunden worden sein, um in eine Religionsgemeinschaft aufgenommen zu werden, sonst konnte man nicht mitbestimmen, und zwar auch nicht in Bereichen, die mit Religion gar nichts zu tun hatten. Damit hielt nicht nur ein moralisches, sondern auch ein religiöses Element Einzug ins US-amerikanische Demokratieverständnis, das bis heute wirksam geblieben ist.

Die Vereinigten Staaten wurden als Antithese zu Europa geschaffen, genauer noch zu Großbritannien, und dies - nicht zufälligerweise - genau in dem Zeitraum, in welchem Europa durch den Westfälischen Frieden die Religion ein für allemal der

Staatlichkeit untergeordnet hatte. In den USA ist es genau umgekehrt, die Religion ist der Staatlichkeit klar übergeordnet. Genau so wie in Frankreich gibt es zwar eine strikte Trennung von Kirche und Staat, dies aber mit der genau umgekehrten Zielrichtung. Während in Frankreich der Staat vor dem Einfluss der Religion bewahrt werden soll, dient die strikte Trennung jenseits des Atlantiks dazu, die Religion vor jeglichem Einfluss des Staates zu beschützen. Die strikte Trennung von Kirche und Staat ist also nicht gleichbedeutend mit der Trennung von Religion und Politik. In Frankreich wurden Kirche und Staat in der Absicht getrennt, Religion und Politik auseinanderzuhalten. In den Vereinigten Staaten werden Kirche und Staat mit der gerade umgekehrten Zielsetzung getrennt, damit nämlich Religion ungehindert in die Politik einfließen kann. Das beste Beispiel dafür, dass „Trennung von Kirche und Staat“ nicht gleichgesetzt werden darf mit „Trennung von Religion und Politik“, finden wir in Grossbritannien, wo das Staatsoberhaupt, die Queen, zugleich Oberhaupt der anglikanischen Kirche ist. Vor der zweiten Eheschließung des Thronfolgers wurde deshalb nach einer Überprüfung öffentlich bekannt gegeben, daß dieser Schritt dessen künftige staatskirchliche Funktion nicht verunmögliche. Das britische System ist das Gegenteil einer Trennung von Kirche und Staat, garantiert aber die Einbindung der Religion in die staatliche Ordnung in einer Weise, welche am wenigsten zur Umkehrbarkeit neigt. Denn ein König hat es nicht nötig, die religiöse Karte zur Machtausübung ins Spiel bringen, wenn er im Rahmen der konstitutionellen Monarchie über einen auf staatlichen Strukturen basierenden Machtanteil verfügt. Es ist kein Zufall, daß diese Variante ausgerechnet in Großbritannien anzutreffen ist, dem Ur-Mutterland jener Auswanderer, die in den USA – was das Verhältnis von Staat und Religion anbelangt – eine bewußte Antithese dazu erfanden.

Die USA sind also sehr staatsminimalistisch, und dies im historischen Ablauf zunächst einmal zum Schutz der Religion. Mit der Gründung des amerikanischen Nationalstaates kam dann aber noch ein weiteres staatsminimalistisches Element dazu, nämlich ein wirtschaftliches, das indessen auch religiöse Wurzeln hat. Die USA wurden einige Jahre vor der der französischen Revolution gegründet, und zwar im Zeichen der Freiheit und im Zeichen der Sicherheit. Von Gleichheit und von Brüderlichkeit war nicht die Rede. Dies ist nicht zufällig, denn Gleichheit wollte man ganz bewusst nicht festschreiben, im Gegenteil. Es ist in den Schriften von damals ausdrücklich festgehalten, dass die besitzende Minderheit vor der nicht-besitzenden Mehrheit geschützt und ihr Eigentum gesichert werden müsse. Dies hatte einerseits damit zu tun, dass viele zweitgeborene Söhne von britischen Adligen in Amerika grosse Ländereien erworben hatten, weil im englischen Adel der ganze Besitz immer an den ältesten Sohn vererbt wurde. Obwohl in Amerika Monarchie und Adel strikte abgelehnt wurden - denn das alles gab es im verhassten Mutterland England -, bildete sich so etwas wie ein Geldadel heraus. Die religiösen Wurzeln der Ablehnung von Gleichheit liegen im Calvinismus begründet, der von der Prädestinationstheorie ausgeht. Nach dieser Lehre ist es dem einzelnen Menschen von Gott vorbestimmt, ob er auserwählt sei oder nicht. Schon zu Lebzeiten gibt es Anzeichen dafür, ob man auserwählt sei, und als auserwählt gelten insbesondere jene, die es zu grossem materiellem Reichtum bringen. Es ist klar, dass solche Vorstellungen mit all zu viel Gleichheit der Menschen nicht vereinbar ist. Würde der Staat alle Unterschiede ausgleichen, so würde man - etwas salopp formuliert - ja gar nicht mehr herausfinden können, wer nun eigentlich auserwählt ist und wer nicht. Aus all diesen Gründen gibt es in den Vereinigten Staaten eine normative und auch rechtlich abgesicherte Notwendigkeit, dass in der Gesellschaft ein gewisses Mass an Ungleichheit erhalten bleibt. Und Staatlichkeit hat immer bis zu einem gewissen Grad mit Gleichheit zu tun.

Der amerikanische Staatsminimalismus hat also verschiedene Gründe, die sich aber gegenseitig verstärken.

Auserwähltheit spielt aber nicht nur im Hinblick auf die einzelnen Individuen eine Rolle, sondern die Vereinigten Staaten betrachten sich selber als eine auserwählte Nation, und dies nicht nur in dem Sinne, dass sie mehr Rechte hätten als andere Nationen. Vielmehr fühlen sie sich auch der Welt gegenüber verpflichtet. Das Gute, das sie in ihrer Nation verwirklicht sehen, müssen sie in die Welt hinaustragen, sie haben eine klare Mission. Das kann ein Auftrag von Gott sein, wie es offenbar der gegenwärtige US-Präsident ab und zu formuliert. Aber auch viele nicht religiöse - also durchaus liberale - Amerikaner gehen davon aus, dass ihr Land eine Mission in der Welt habe, dass ihre gesellschaftliche Organisation die beste überhaupt darstelle und dass sie deshalb von anderen Nationen übernommen werden sollte. Das hat Europa früher auch einmal gemeint, in der Kolonialzeit mit höchst unerfreulichen Folgen für die Welt. So hat Europa seine Erfindung des Nationalstaates in die ganze Welt exportiert, eine andere Ordnung ist weltweit heute nicht mehr denkbar. Und gerade in der Welt des Islams - um nur ein Beispiel zu nennen - bringt das immer wieder grosse Probleme mit sich, auch wenn sie überwindbar sind. Europa hat aber dieses Stadium überwunden, die Kolonialzeit ist zu Ende gegangen, und vor allem im Innenverhältnis hat sich Europa wieder durchgerungen zur eine Sicht der Gleichberechtigung der Nationen. Ohne die kulturelle Vielfalt im Innern wäre Europa nicht denkbar, und hier meine ich durchaus auch die Rechtskultur, die Staatskultur und die politische Kultur. Hier gibt es in den verschiedenen europäischen Staaten ganz unterschiedliche Erscheinungsformen, und eingebunden ist das ganze nur in einige wenige - aber sehr wichtige - Grundsätze wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und vor allem Menschenwürde im Sinne der Gleichheit. Wenn man diese Randbedingungen im Innenverhältnis anerkennt, dann muss man sie auch im Aussenverhältnis anerkennen. Was die Entwicklungspolitik und die Asylpolitik anbelangt - um nur zwei Beispiele zu nennen - verhält sich Europa immer noch widersprüchlich, da ist noch ein langer zu gehen. Anders verhält sich Europa im Zusammenhang mit dem Völkerrecht als Methode, eine weltweit friedliche Ordnung zu etablieren. Weil Europa keine Auserwähltheitsvorstellungen der Nation kennt - oder vielmehr solche Vorstellungen überwunden hat -, kann es die gleiche völkerrechtliche Einbindung aller Staaten vorbehaltlos befürworten, und die Europäische Union ist in diesem Bereich weltweit führend. Dass sich die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges wie noch nie zuvor dem Völkerrecht systematisch zu entziehen versuchen - Stichwort Kiotoprotokoll oder Internationaler Strafgerichtshof - ist in diesem Zusammenhang nichts als logisch. Wer auserwählt ist, kann sich nicht rechtlich einbinden lassen, insbesondere nicht durch andere Nationen, welche man als nicht auserwählt betrachtet. Und dies hat nun eindeutig mit Religion zu tun. Es gibt zwei Nationen, welche sich gegenseitig als mit-auserwählt betrachten, das sind die Vereinigten Staaten und Israel. Die Begründungen dafür sind in der Bibel nachzulesen und in den Dokumenten der Gründerzeit Amerikas.

Ich habe bereits hingewiesen auf die Bedeutung der Schuldfrage für Europa, dass dieser Kontinent gleichsam mit der Schuldfrage und an der Schuldfrage gewachsen sei. Auch dazu bilden die Vereinigten Staaten eine Antithese. Ein wichtiges Element des amerikanischen Gründungsmythos besteht darin, das Alte hinter sich zu lassen und neu zu beginnen. Die Grundform dieses Erlebnisses ist das Verlassen Europas und die Auswanderung nach Amerika, die Attraktivität des Neubeginns. Man brach auf in eine neue Welt, aber auch in eine bessere Welt. Es gibt im US-amerikanischen

Selbstverständnis eine Gleichung, wonach »neu« immer besser und »alt« immer schlechter ist. Für die Auswanderer in die neue Welt lag der Bezugspunkt immer in der Zukunft, und zwar ausschliesslich in der Zukunft. Sie ließen – und das ist nicht unwichtig – auch das Leiden hinter sich. Wenn man versucht, das Leiden zu vergessen, verdrängt man damit auch die Schuldfrage. Dadurch wird das Aufbrechen zu neuen Ufern notwendigerweise »vergangenheitsvergessen«, und deshalb fehlt dem Aufbruch ein Innovationselement, wie es Europa kennt. Dieses bis heute sehr unterschiedliche transatlantische Grundmuster im Denken hat weitreichende Konsequenzen. Zur Illustration sei hier das Prinzip der Nachhaltigkeit erwähnt, das in Fragen der Ökologie eine große Rolle spielt und in den Vereinigten Staaten offensichtlich viel schwerer Fuß fassen kann als in Europa. Das Spannungsfeld zwischen »alt« und »neu« trägt mehr zu den transatlantisch unterschiedlichen Wahrnehmungen und Verhaltensweisen bei, als man in der Regel annehmen möchte.

Hier möchte ich nun ein zweites mal auf das Heilige in der Politik zu sprechen kommen, aber in einem ganz anderen Zusammenhang als das erste mal, nämlich im Hinblick auf die Globalisierung. Es gibt verschiedene zutreffende Definitionen der Abläufe, die man heute als Globalisierung bezeichnet. Eine davon betrifft das Verhältnis zwischen Staat und Markt. Diesbezüglich bedeutet Globalisierung, dass weltweit die Staatlichkeit zugunsten des Marktes immer mehr zurückgedrängt wird. Dies bedeutet, dass es in den betroffenen Gesellschaften immer mehr Ungleichheit gibt. Ist einmal ein gewisses Mass der Ungleichheit erreicht, dann erträgt die menschliche Natur diesen Zustand nur, wenn er sich entweder dagegen auflehnt, oder wenn er die religiöse Gewissheit hat, dass es so richtig sei. Die Französische Revolution artete in einem bestimmten Zeitpunkt in eine Revolte der Armen aus. Dies hat den europäischen Nationalstaat ein für alle mal geprägt, und es hatte zur Folge, dass Politiker in Europa immer einen gewissen Ausgleich suchen müssen zwischen der Ungleichheit und der Gleichheit. Wenn im Rahmen der Globalisierung heute auch in Europa immer mehr das US-amerikanische Modell des Zusammenspiels von Gleichheit und Ungleichheit übernommen wird, dann wird es unvermeidlich sein, dass an die Stelle der verschwindenden Staatlichkeit wieder vermehrt die Religion tritt. Das könnte sehr verhängnisvoll sein, weil - wie ich es eingangs dargelegt habe - die ganze europäische Friedensordnung darauf beruht, dass gefährlich gewordene Phänomene in die übergeordnete Staatlichkeit eingebunden werden. Auch die Europäische Union ist eine den Nationen übergeordnete Staatlichkeit. Oder wenn ich es anders ausdrücken darf: Nicht nur der Bettler bedarf des Trostes, der liebe Gott habe es halt nicht anders gewollt als dass er unter der Brücke schlafen müsse. Auch und vor allem der Reiche bedarf der Gewissheit, dass sein Reichtum durchaus gottwohlgefällig sei und dass er deswegen kein schlechtes Gewissen haben müsse. Mit anderen Worten kommt eine Gesellschaft von einem gewissen Mass an Ungleichheit an nicht mehr ohne Auserwähltheitsvorstellungen aus, auch wenn diese nicht mehr bewusst religiös empfunden werden, sondern eher moralisch (arm = faul = moralisch verwerflich). Sobald aber einmal individuelle Auserwähltheitsvorstellungen in einer Gesellschaft herumgeistern, ist es nicht mehr weit bis zu nationalen Auserwähltheitsvorstellungen. Das haben wir in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg für überwunden geglaubt, und wir haben alles Interesse daran, dass es so bleibt und die Religion nicht in diese Bereiche zurückkehrt.

Nun gibt es aber noch einen ganz anderen Zusammenhang zwischen Religion und Politik in Europa, und dieser kommt in der europäischen „Charta Oecumenica“ deutlich zum Ausdruck. Da ist zum Beispiel die Rede von der Ueberwindung der Kluft

zwischen Arm und Reich, von einem Lebensstil, der Wert legt auf nachhaltige Lebensqualität und der sich der Herrschaft von ökonomischen Zwängen entgegenstellt. Dies sind ganz andere Töne als jene, die ich eben erwähnt habe, und die gleichsam als flankierende Massnahme der Globalisierung in religiöser Form auftritt, um den Menschen die Ungleichheit wirtschaftlich und moralisch erträglich zu machen. Um das zu verstehen müssen wir nochmals in die Geschichte zurückgehen. Die europäische Gleichheitsvorstellung stammt ursprünglich aus dem mittelalterlichen Kirchenrecht und fand dann den Weg in die staatlichen - und internationalen - Rechtsordnungen. Was die Gleichheit der einzelnen Menschen anbelangt, geschah dies schon im ausgehenden Mittelalter. Was die Gleichheit der Staaten anbelangt, geschah es mit dem Westfälischen Frieden 1648. Es ist deshalb kein Zufall, dass die „Charta Oecumenica“ ausdrücklich auf die Gleichheit verweist. Nach europäischem Muster kann sich aber die Gleichheitsforderung nicht mehr direkt auf die Religion berufen. Dieses Muster besteht darin, dass keine Religion den Staat und die Demokratie direkt beeinflussen darf. Jeder Einzelne darf seine Religion beliebig ausüben. Aber wenn eine aus der Religion gewonnene Einsicht in das staatliche Geschehen einfließen soll, dann braucht es einen Akt der Uebersetzung in den staatlichen Bereich. Dies geschieht über die öffentliche Diskussion und in letzter Konsequenz über die Gesetzgebung, in den Parlamenten. Kirchen dürfen durchaus politisch sein, sie sollen sich in die Politik einbringen. Aber nie mit dem absoluten Anspruch und der Berufung auf den eigenen Gott, die eigenen Götter oder die Religion, sondern immer als eine gesellschaftliche Forderung, und dafür braucht es eben diesen Akt der Uebersetzung, so dass die Begründung der Forderung nachher eine gesellschaftliche ist, und nicht mehr eine religiöse. Der entscheidende Unterschied zwischen Europa und den Vereinigten Staaten liegt in diesem Uebersetzungsvorgang: In Europa ist er absolut notwendig, damit Politik und Religion getrennt bleiben. In den USA ist er nicht notwendig, weil Politik und Religion nicht getrennt sind. Dieser Unterschied ist so stark, dass er sich sogar auf die Ausgestaltung innerhalb der selben Religion diesseits und jenseits des Atlantiks auswirkt. Alle Religionen der Welt, woher sie auch immer kommen, werden in den Vereinigten Staaten sozusagen „amerikanisiert“. Das US-amerikanische Judentum ist ein anderes als das weltweite, weil es sich amerikanisiert hat. Und insbesondere hat sich der Katholizismus in den USA amerikanisiert. Er nahm gewissermaßen protestantische Züge an, indem sich darin die katholische Soziallehre abschwächte und wirtschaftsliberalere Elemente und religiös bedingte Ungleichheitsvorstellungen aus dem protestantischen Denken Einzug hielten. Es ist interessant, dass die „Charta Oecumenica“ ausdrücklich auf die Wahrnehmung von politischer Verantwortung hinweist. Das ist letztlich ein Hinweis auf die Staatlichkeit. Politik ist der Mechanismus, durch welchen entschieden wird, wie staatliche Macht ausgeübt werden soll. Solange es Politik gibt, gibt es auch die Staatlichkeit. Der ungezügelter Markt funktioniert über reine Marktmechanismen, er braucht keine politischen Randbedingungen.

Kann Politik heilig sein ? So lautet die Titelfrage. Wenn ich hier eine zusammenfassende Antwort formulieren soll, so möchte ich als erstes betonen, dass eine Politik, die sich als „heilig“ versteht, meistens sehr gefährlich ist. Worin die verschiedenen Gefahren liegen können, habe ich aufzuzeigen versucht. Umgekehrt gibt es im europäischen Zusammenwirken von Religion und Politik Ansätze, die sehr positiv zu werten sind. Es gibt einige europäische Bedingungen dafür, wie sich Religion positiv in die Politik einbringen kann und was vermieden werden sollte. Ich greife vier Punkte heraus:

Erstens sollte Menschenwürde nie christlich begründet werden, selbst wenn der einzelne christlich gläubige Mensch individuell die Herleitung aus dem Christentum für sich selber durchaus so stehen lassen kann. Menschenwürde ist nur denkbar als universal gleiche Würde aller Menschen auf diesem Planeten. Wenn eine Religion die Würde für sich vereinnahmt, dann fällt die Philosophie der Menschenwürde in sich zusammen.

Damit bin ich bei der zweiten Bedingung, von der ich bereits ausführlicher gesprochen habe: Es braucht den Uebersetzungsvorgang zuhanden der öffentlichen Diskussion. Auch wenn eine Einzelperson oder eine kirchliche Organisation ihre Einsichten aus der Religion gewonnen haben, müssen sie daraus abgeleitete Forderungen so in die Öffentlichkeit einbringen und begründen, dass sie auch für Nicht-Gläubige einsehbar und nachvollziehbar sind. Und dies gilt dann in gleicher Weise für die Angehörigen aller Religionen.

Drittens sollten wir dafür sorgen, dass Politik nicht durch Religion ersetzt wird. Auch die Kirchen sollten sich dafür einsetzen, dass Politik nicht durch Religion ersetzt wird. Gerade die europäischen Kirchen haben allen Grund dazu, denn die Ersetzung von Politik durch Religion dient nichts anderem als dem Ueberhandnehmen des Prinzips der Ungleichheit, sowohl was die einzelnen Menschen als auch was die Staaten anbelangt.

Und viertens schliesslich sollten sich die europäischen Kirchen nicht amerikanisieren lassen. Europa muss seiner Geschichte treu bleiben, das heißt der Tradition der Gleichheit, die ursprünglich aus dem Kirchenrecht kommt. Wenn ich die „Charta Oecumenica“ aufmerksam durchlese, so scheint mit alles dafür zu sprechen, dass die europäischen Kirchen dies ersthaft im Sinn haben.

Ich danke Ihnen.

Foto 2

FRAGEN AN GRET HALLER

Frage: Der Vortrag war sehr interessant, aber doch ein bisschen anti-amerikanisch. Was meinen Sie dazu?

- G.H.: Das ist fast immer die Reaktion auf solche Analysen. Und darauf bin ich gefasst und habe eigentlich darauf gewartet. Aber es ist ja schon ein Teil des Problems. Gibt es Antibritannismus und Probritannismus? Gibt es Antifranzösisismus und Profranzösisismus? Sie sehen, was ich sagen will. Dass es überhaupt die Begriffe antiamerikanisch und proamerikanisch gibt, ist schon ein Teil des Problems. Das geschieht nur mit auserwählten Nationen. Es gibt auch antiisraelisch und proisraelisch. Das ist eine Parallele. Das hat mit dem Auserwähltheitsanspruch zu tun. Auserwählte Nationen müssen immer gerade wissen, ob man für sie ist oder gegen sie. – Also, das ist ein Teil des Problems, dass es den Begriff antiamerikanisch und proamerikanisch gibt. Und ich bin nun einmal überzeugt, nicht nur als Juristin sondern auch als Politikerin, aber auch als Juristin, dass diese Welt eine völkerrechtliche Ordnung gleichberechtigter Staaten nötig hat und nicht einzelne auserwählte Nationen. Das verunmöglicht das Völkerrecht. – Es ist interessant: In Deutschland gelte ich als erstaunlich wenig antiamerikanisch, während das in der Schweiz immer sehr viel schneller kommt. Das lässt einen Rückschluss zu auf die beiden Selbstverständnisse. Und ich erzähle in beiden Staaten dasselbe. Ich mache nicht an einem Ort andere Stellungnahmen als am anderen. Ich sage einfach: Es ist normal, dass das kommt. Aber das muss man gerade thematisieren. Weil wenn alles antiamerikanisch ist, was nicht proamerikanisch ist, dann sind wir mitten im Problem. – Man kann natürlich nicht sagen, darüber diskutiere ich nicht, aber man muss gerade den Stier bei den Hörnern packen und sagen, dass das bereits Teil des Problems ist. – Manchmal sage ich auch: Vielleicht bin ich proeuropäisch. Aber das kann man ja gar nicht sein. Ich bin einfach Europäerin und weiss was wir - für den Frieden etwa – uns ausgedacht haben. Und ich möchte das nicht preis geben. Das ist alles. Wenn europäisch sein antiamerikanisch ist. Gut, dann bin ich antiamerikanisch. Und will es weiterhin sein.
- *Frage: Ich meine, das war ein sehr interessanter Vortrag. Allerdings habe ich einen Punkt wirklich vermisst. Die provokativen Thesen, die vor allem in Amerika gelten mögen: Reich gleich fleissig gleich gottgefällig. Arm gleich faul gleich verwerflich, haben zum Glück bei uns keine Basis. Ich gehe davon aus, dass viele Menschen, auch mächtige Menschen, ein Ziel verfolgen, dass alle Arbeit finden. Eine Methode ist Unternehmertum. Aber wir sind jetzt beim Beginn des neuen Jahrhunderts wieder in einer Situation, wo die automatische Revolution stattfindet. Es gibt Mittel, also unsere selber erarbeiteten Mittel und Methoden, die rationalisiert werden. Das ist ein Problem. Das wurde nicht angesprochen und ich finde das sehr schade.*

G.H. Das ist ein ganz wichtiges Problem: Wie Markt und Staat zusammenspielen. Wer in der Politik mitdiskutiert, also wir alle, wenn wir in der Politik mitdiskutieren, überlegen uns ja, wie soll der Staat die günstigen Rahmenbedingungen schaffen für die Wirtschaft und wie soll er dann die Schwachen schützen. Also wir wissen alle,

über was man im Staat diskutieren muss, um Wirtschaft zu ermöglichen aber auch Auswüchse zu verhindern. Es ist ganz klar, dass ganz vieles im Umbruch ist. Wenn ich gebeten werde, die Rolle der Religion im Staat zu thematisieren, dann bin ich eigentlich auf der Metaebene. Dann sage ich, was eine Rolle spielen könnte. Die eigentliche Diskussion, die findet dann über die Wirtschaftsthemen statt. Und meine Aufgabe war es, darauf hinzuweisen, was im Hinterkopf bei dieser Diskussion eine Rolle spielen könnte. Ich hatte die Aufgabe, eine Analyse zu versuchen, wo spielt Religion in diese Diskussionen hinein. Wenn man sich diese Überlegungen gemacht hat, käme dann in einem folgenden Themenblock die eigentliche Wirtschaftstheorie, wo ich sagen muss, das ist nicht mein Fachgebiet. Ich diskutiere gerne mit. – Ich bin mit Ihnen soweit einverstanden, dass wir ganz neue Formen suchen müssen. Wir müssen ganz vieles neu erfinden. Meine Aufgabe war hier zu sagen, was unbewusst eine Rolle spielt und spielen könnte aus der Religion und wo Europa vorsichtig sein muss mit Religion und wo Europa die Religion brauchen kann, um den europäischen Weg fortzusetzen.

- *Frage: Sie haben ja vor allem Frankreich als Beispiel für diese strenge Laïcité genommen und ich möchte Sie fragen, wie Sie die neueren Entwicklungen in diesem Land interpretieren, in dem ja von vielen politisch führenden Leuten diese strenge Trennung relativiert wird. Also beispielsweise der Wunsch, Moscheen mitzufinanzieren. Oder wenn wir ins Fernsehen schauen, da sind im Zweiten Franz. Fernsehen, also im öffentlich-rechtlichen Fernsehen am Sonntagmorgen, die Religionsgemeinschaften sehr prominent drin. Und das wird offensichtlich nun von den politischen Instanzen immer mehr gefördert. Wie interpretieren Sie diese neuere Entwicklung?*
-
- G.H. Nach meiner Ansicht steht es dem französischen Ideal von Öffentlichkeit nicht entgegen, wenn sich Frankreich darum bemüht, bei allen Religionen Ansprechpartner zu haben. Das steht mit dem was ich als grossen Gedanken der Französischen Revolution ansehe, nicht im Widerspruch. Das hat damit zu tun, wie der Staat seiner Aufgabe gerecht wird, die Religion einzubinden. Ich muss auch sagen, man muss ganz vorsichtig sein in Europa. Ich habe von der kulturellen Vielfalt gesprochen, die auch Rechtskultur, Staatskultur, politische Kultur beinhaltet. Zum Beispiel, wenn wir gerade bei Frankreich sind: das Kopftuchverbot. Es ist absolut einsehbar, und war wahrscheinlich richtig, dass Frankreich so klar reagiert hat und dieses Verbot erlassen hat. Die französische Identität, die staatspolitische, ist durch so etwas viel schneller in Frage gestellt als z.B. eine süddeutsche. Ich sage bewusst eine süddeutsche. Weil in Deutschland haben wir ja vom Norden zum Süden einen grossen Unterschied. Hingegen weiss ich nicht – und ich will jetzt niemandem zu nahe treten – : Frau Schaban wird jetzt ja Bundesministerin. Sie hat ja sehr schnell auch ganz klar reagiert in Baden-Württemberg. Doch finde ich eigentlich die staatspolitische Identität des Landes Baden-Württemberg, so wie ich es einschätze, nicht so schnell bedroht durch ein Kopftuch wie in Frankreich. Weil es dort viel üblicher ist, dass auch katholische Schwestern Unterricht erteilen. Also erträgt es das. Darum hätte ich dort eher die Tendenz dies ein bisschen als Dominanz des Christlichen anzusehen. D.h. wenn ich mir eine Meinung bilden müsste, habe ich für das französische Verbot viel mehr Verständnis als für das baden-württembergische. Ich habe dieses Beispiel nur genommen, um zu zeigen, man muss differenzieren. Es gibt auch unterschiedliche Rechtskulturen. Also wenn sie in Skandinavien ein gefährdetes Kind aus der Familie herausnehmen weil es wirklich gefährdet ist, ist das absolut

richtig und es gibt dafür Gesetze. Wenn sie dasselbe in Sizilien machen würden, hätten sie 100'000 Leute auf der Strasse gegen diese Massnahme. Die Menschenrechte müssen überall gleich sein, die Grundrechte. Aber es gibt unterschiedliche Befindlichkeiten, die Platz haben.

-
- Ich habe das Buch, das draussen liegt, im Juni fertig geschrieben und habe da die Armenrevolte analysiert. Und ich habe mir vorgestellt, wenn das so weitergeht, dann kommt das irgendwann einmal. Ich meine jetzt ist es da in Frankreich. Ich meine, die Unruhen in Frankreich sind zu 99% wirtschaftlich bedingt und nicht religiös. Die französische Entwicklung: ich sehe mit grosser Sorge, den gegenwärtigen Innenminister soviel Zustimmung geniessen, weil das ist der erste, der eigentlich die Laïcité grundsätzlich in Frage stellt. Es ist zum ersten Mal, dass ich um die französische Revolution fürchte, seit ich über diesen Herrn lese.
-
- *Frage: Frau Haller, vielen Dank für Ihre Gedankengänge, die Sie dargelegt haben. Ein Stichwort ist nicht gefallen, das ist die Zivilgesellschaft. Viele verstehen das so, dass der Staat zurückkehrt und die Zivilgesellschaft die Rolle übernimmt. Und viele Teilnehmenden der Zivilgesellschaft verstehen sich ja als religiös oder moralisch stark verankert.*
-
- G.H. Ich bin sehr froh, dass diese Frage kommt. In meinem früheren Buch, 2002, in der Analyse zu Bosnien vor allem, habe ich mich viel intensiver als dieses Mal mit der Zivilgesellschaft auseinandergesetzt. Es gibt verschiedene Zivilgesellschaftsbegriffe auf dieser Welt. Der amerikanische Zivilgesellschaftsbegriff ist ein antistaatlicher Zivilgesellschaftsbegriff. Die amerikanische Gesellschaft ist eine Zivilgesellschaft, die möglichst keine Staatlichkeit will. Und es gibt z.B. die deutsche Bürgergesellschaft (das ist ja auch eine Übersetzung des Begriffes Zivilgesellschaft). Die Deutschen, die haben ja immer noch so klar in jeder Faser – jedenfalls unsere Generation – dass sie wissen, wie wertvoll das politische Geschehen im Rahmen eines funktionierenden Staates ist, weil sie am ende der Weimarer Republik das Zusammenbrechen dieses Staates eben gesehen haben und dann das Aufkommen der Diktatur. Das heisst, wenn die Deutschen Bürgergesellschaft sagen, dann sagen sie das mit einem Leuchten in den Augen, wo man genau merkt, das sind alle diese Organisationen, die der Politik zuarbeiten und ein Vorbereitungsstadium sind, dass nachher die Res Publica funktionieren kann. Das ist ein prostaatlicher Zivilgesellschaftsbegriff. Es gibt in der englischen Sprache eine grosse Auseinandersetzung. Es gibt immer mehr Leute, die sagen man soll nicht civil society sagen, sondern man solle civic society sagen. Das hat auch damit zu tun, dass viele dieser Diskussionen auf englisch passieren. Civic bedeutet der Bürger, civil das kann beides sein. Das kann die antistaatliche Zivilgesellschaft sein und das kann die Res Publica-orientierte Zivilgesellschaft sein. Das ist meine Antwort. Die Zivilgesellschaft, wenn sie anstelle des Staates treten soll, ist etwas gefährliches, für europäische Begriffe etwas gefährliches. Die Zivilgesellschaft, die sich als Bürgergesellschaft versteht, will dass man eben die Aufgaben in einem Staat gut verteilt. Dass man gewisse Dinge Privaten überträgt, das kann absolut Sinn machen. Aber es braucht immer die letztliche Garantie des Staates, dass Gleichheit aufrecht erhalten bleibt. Weil wenn irgendeine Stiftung, die einfach gesponsert wird von Leuten, die mehr Geld haben als ich, wenn eine Stiftung plötzlich ihre Moralvorstellungen einbringen kann und dieser Organisation

werden dann Dinge übertagen, die eigentlich ich über meine politischen Rechte sollte mitbeeinflussen können – und da passieren plötzlich Dinge, die ich als Bürgerin nicht mehr kontrollieren kann, über das Parlament und über die Regierung, dann wird es problematisch. Und so läuft es eben jetzt im Moment. Ganz kleine Bemerkung noch zur Frage von Herrn Gfeller. Er sagt: Diese Gleichung (reich gleich fleissig gleich gottgefällig und arm gleich faul gleich verwerflich) gibt es nicht. Ich wäre glücklich, wenn das so wäre. Ich habe Angst, die Gleichung hat sich schon ziemlich weit verbreitet. – Die Frage wo der Trennungsstrich gezogen wird zwischen Staat und Markt, zwischen Prinzip der Gleichheit und Prinzip der Ungleichheit. Der Markt muss mit Ungleichheit funktionieren sonst geht es gar nicht. Der Staat muss mit Gleichheit funktionieren. Deshalb ist die Trennlinie zwischen Staat und Markt identisch mit der Diskussion darüber, wo ist Ungleichheit richtig, wo ist Gleichheit richtig und wie sollen die beiden gut ineinander spielen. Aber der Entscheid wo die Trennlinie ist, der muss demokratisch gefällt werden. Und demokratisch heisst: jeder hat eine Stimme. Der Entscheid wo die Trennlinie ist, kann nicht dem Markt überlassen werden, sonst endet der Staat.

-
- *Frage: Frau Haller, wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie die Charta oecumenica als Gegenpol bezeichnet zu der sogenannten amerikanischen Wertehaltung. Sehen Sie eine Chance, dass die Charta oecumenica auch ein Gegengewicht werden könnte?*
-
- G.H. Dazu, wie diese Charta verwendet wird, kann ich mich nicht äussern, weil ich zu wenig vertraut bin mit den kircheninternen Abläufen. Ich kann nur etwas anderes sagen, das mit meiner Vorbemerkung vor meinem Referat etwas zu tun hat, wo ich plötzlich gedacht habe, ich bin eigentlich zu klein für das alles. Ich hatte plötzlich den Eindruck, diese Charta ist geschrieben worden in einem tiefeuropäischen Religionsverständnis. Sie erhebt die Stimme erhebt gegen etwas, was als wirtschaftlich empfunden wird. Sie sagt, seid vorsichtig, man muss der Wirtschaft Grenzen setzen.– Diese Wirtschaftsorganisation, die auch ein bisschen aufs Korn genommen wird (wenn ich diesen kriegerischen Ausdruck brauchen darf) durch die Charta, die ist eben letztlich Religion. Und das war der Moment, wo ich plötzlich gedacht habe, wo ich ein Schwächegefühl bekommen habe, als ich gemerkt habe, der nächste Schritt in der Interpretation dieser Charta müsste eigentlich sein, dass man die Aussagen, die möglicherweise vor allem wirtschaftlich verstanden worden sind, zurückbuchstabiert auf das Religiöse, das da zugrunde liegt. Und dann wird es natürlich relativ hart. Wenn man das anfangen würde zu diskutieren dann gibt es innerhalb der einzelnen Religionen keine Auseinandersetzungen. Ich weiss nicht, ob das geht. Das ist für mich ein Fragezeichen. Aber ich denke, man muss es tun.

„WAS IST UNS ALS KIRCHE/RELIGION HEILIG?“

WIE SETZEN WIR DIE HERAUSFORDERUNGEN DER CHARTA OECUMENICA KONKRET UM?

Talkrunde mit Kirchen- und Religionsvertreter/Innen

Samuel Lutz, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn; Roland-B. Trauffer, Generalvikariat Diözese Basel; Elsbeth Zürcher, Mennonitengemeinde Bern; Peter Siegfried, Evangelisch-Methodistische Kirche Schweiz; Rifa'at Lenzin, Islamische Gemeinschaft Zürich; Moderation: Erwin Koller, ehem. Sternstundenredaktor SF DRS

In der Wiedergabe wurde die wörtliche Rede beibehalten.

Foto 3

E. Koller: Ich danke Frau Haller meinerseits auch für die spannenden Äusserungen. Es ist da vieles, das man gerne diskutiert. Es gibt auch einiges, das einen verstört. Es zeigt sich auch, dass da sehr viele Begriffe durcheinander gehen. Über Ihnen steht das Thema „Im Namen Gottes“. Wenn meine Mutter, die vor einer Woche gestorben ist, gesagt hat: „I Gotts Name“, dann war das ein Ausdruck von sich fügen, sich in den Willen Gottes schicken. Es hat überhaupt nichts zu tun mit einem Machtanspruch oder irgend einem Anspruch. Also auch „In Gottes Namen“ kann man sehr verschieden deuten. Wir haben jetzt im ersten Teil des Vormittags gehört, wie dies in der Politik gedeutet wird. Die erste Frage, die ich allen Teilnehmern am Podium stellen möchte: Was ist mir in meiner Religion, in meiner Konfession, in meinem Glauben, in meiner Kirche heilig? Ich habe alle gebeten, einen, höchstens drei, Sätze zu machen.

Ich beginne mit dem Gastgeber, Dr. Samuel Lutz. Sie sind Pfarrer und Synodalaratspräsident der Evangelischen Kirche der Kantone Bern, Jura und Solothurn. Was ist Ihre Antwort auf diese Frage?

S. Lutz: Heilig sind Gott, das Leben und der Mensch.

E. Koller: Elsbeth Zürcher, Sie sind eine der zwei Ältesten, die zusammen mit dem Vorstand die Verantwortung für die Mennonitengemeinde in Bern tragen. Ihre Antwort?

E. Zürcher: Für mich ist Gott heilig. Und zwar ist für mich Gott der Gott von Abraham und Sarah, der Gott der uns Menschen in Jesus ganz nah gekommen ist und durch seinen Geist auf den Weg der Versöhnung führt und ruft.

E. Koller: Frau Rifa'at Lenzin, Sie sind in einer pakistanischen Familie aufgewachsen, gingen in Bern zur Schule, haben Ihr Studium in Islamwissenschaften abgeschlossen, Sie haben Lehraufträge, u.a. im Nachdiplomstudium in Luzern in der Lehrerfortbildung. Sie sind Mitglied der islamischen Gemeinschaft. Ihre Antwort?

R. Lenzin: Ich muss vielleicht dazu sagen: Ich hab mich sehr schwer getan mit dieser Frage. Und zwar, weil heilig ein sehr geläufiger Terminus im christlichen Verständnis ist. Bei Ihnen ist sehr vieles heilig: der Heilige Geist, die heilige Kirche. Im Islam ist nicht so vieles heilig, war die Essenz meiner Überlegung. Heilig ist zwar auch ein Attribut Gottes auch, aber es kommt nicht so oft vor. Und heilig wird dann, wenn es gebraucht wird in Abgrenzung zu profan verstanden, also heilig ist z.B. Mekka, ist Jerusalem. Heilig kann ein Monat sein, also der heilige Monat Ramadan. Aber sonst wird man nicht so schnell fündig. Und zu überlegen, was für mich dann heilig ist, habe ich dann das eher so verstanden, im übertragenen Sinn. Was ist einem sehr wichtig? Was ist einem unverzichtbar? Und dann würde ich sagen ist es für mich und für die Muslime die Einzigkeit Gottes, Muhammad als Gesandter Gottes, die Offenbarung, die er gebracht hat als Richtlinie für die Menschen und zwar als Quelle des Glaubens einerseits und vor allem auch als Maxime des Handelns. Und auch vor allem die Vielfalt in der Einheit. Die Vielfalt unter den Muslimen einerseits und unter den Menschen andererseits. Die so verstanden eben eine gottgewollte Vielfalt ist und einem Unilateralismus oder einem Hegemonialanspruch eigentlich zuwider läuft.

E. Koller: Siegfried Peter, Sie sind emeritierter Pfarrer der methodistischen Kirche der Schweiz und haben lange Jahre in verschiedenen Tätigkeiten in ganz Europa gewirkt. Was ist Ihnen heilig?

P. Siegfried: Heilig im Sinn von wichtig, ist für mich als methodistischer Theologe, dass der Glaube eine Beziehung ist. Und das ist mir wichtig, das ist mein Wunsch, mein Gebet, dass diese Beziehung in dreifacher Hinsicht lebendig bleibt. Eine Beziehung zum lebendigen Gott, zu Jesus Christus. Eine Beziehung zu einer Gemeinschaft, einer Kirche, einer Gemeinde. Und die Beziehung zur Umwelt also die soziale, sozialpolitische Beziehung.

E. Koller: Roland-Bernhard Trauffer, Sie sind Dominikanerpater und Generalvikar des Bistums Basel der Römisch-Katholischen Kirche. Was ist Ihnen heilig?

R. Trauffer: Heilig ist für mich sehr vieles, z.B. dieser Vorgang hier, wo ich mich jetzt gar nicht mehr viel zwingen muss, noch etwas originelles zu sagen, weil ich mich anlehnen kann, an das was alle hier, was wir miteinander teilen, erfahren, das hat etwas heiliges. Mir hat auch gefallen, was Frau Haller gesagt hat, mit diesem originellen Schwenker zum „Nie wieder“. Das Grundlegende, das Massgebende, das möchte ich jetzt hier so spontan als mein Heiliges bezeichnen und mich hier einfach einreihen.

E. Koller: Was einem heilig ist, darauf will man nicht verzichten. Und da könnte eigentlich schon die Wurzel sein, was uns die Ökumene schwierig macht, nämlich dass wir in der Ökumene konfrontiert sind mit anderen, die andere Prioritäten setzen, andere Dinge für heilig erachten. Man kann es auch anders betrachten. Man kann auch sagen, im Sinn von Herrn Trauffer, heilig ist uns das ökumenische Zusammensein. Die Bemühungen, die wir hier veranstalten. Und in dem Sinne wollen wir aus dieser Charta oecumenica ein paar Punkte herausgreifen. Ich habe auch da in der Vorbereitung die Teilnehmer am Podium gebeten, einen Punkt herauszunehmen. Alle Kirchen haben dazu Ja gesagt. In den Nachmittagsateliers werden wir diese Punkte noch vertiefen. Ich hoffe, dass die Diskussion dazu Anstöße gibt. Peter Siegfried, Sie haben sich den Punkt 2 ausgewählt. Können Sie das kurz begründen, dass das für Sie das wichtigste Anliegen ist aus der Charta oecumenica.

P. Siegfried: Punkt 2 ist hier überschrieben „Gemeinsam das Evangelium verkündigen“ und ich denke, das ist unsere primäre Aufgabe als Kirche. Wir möchten Evangelium verkünden, Freudenbotschaft. Wir möchten unserer Welt, den Menschen sagen: Gott hat euch nicht aufgegeben. Gott ist ein lebendiger Gott. Gott ist da für euch. Und wo wir das aufgeben, da sind wir nicht mehr Kirche. Denn das ist das ganz zentrale Anliegen, besonders der evangelischen Kirche, zu der wir uns zählen, der evangelisch-methodistischen Kirche, diese Botschaft unter die Menschen zu bringen, in vielfältiger Art und Weise. Das ist die eine Begründung. Die andere Begründung, weshalb ich diesen Punkt gewählt habe, liegt im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit. Ich war in den letzten sechs Jahren Koordinator für die weltweite methodistische Kirche für Europa, für Projekte, für Beziehungen und bin da etwa in 30 Länder gekommen, wo es methodistische Kirchen gibt in Europa. Und ich war für die Charta oecumenica in diesen vergangenen Jahren sehr dankbar. Ich habe sie immer mit mir herumgetragen, habe sie immer wieder zitiert und herausgenommen. Und habe sehr unterschiedliche Reaktionen bekommen. Ich denke, die europäischen Kirchen haben hier ein sehr wertvolles Instrument geschaffen, das uns eine Basis gibt fürs Gespräch, das uns Vorstellungen gibt, wie wir die Zukunft der Kirche und die Dienste der Kirche sehen.

E. Koller: Da darf ich vielleicht ergänzen: Die Charta oecumenica wurde von den Schweizer Kirchen anfangs dieses Jahr in St. Ursanne unterzeichnet und sie haben sich darauf verpflichtet. Die europäischen Kirchen, also die reformierten, die katholischen, alle anderen haben das schon im Jahr 2001 gemacht. Darum war sie schon einige Zeit bekannt. Wenn man das hört, Herr Siegfried, dann redet man sofort von Kirchen, von Institutionen, die für dieses gemeinsame Verkünden des Evangeliums verantwortlich sind. Sind das nur die beamteten Theologen, die dafür verantwortlich sind?

P. Siegfried: Sie werden verantwortlich gemacht! Biblisch, theologisch gesehen ist es die Gemeinde, das Volk Gottes, die verantwortlich sind.

E. Koller: Was heisst das?

P. Siegfried: Das heisst, dieser schwer erfassbare Begriff: wer gehört zur Kirche? Da wäre eine theologische Diskussion sehr sehr wichtig. Wen zählen wir? Zählen wir die Steuerzahler? Zählen wir die sogenannten Mitglieder? Zählen wir die Teilnehmenden? Ich denke, es ist die Aufgabe der Beamteten, ein solches Dokument und dieses Gedankengut immer wieder hineinzutragen in die Gemeinde, in die Gremien, in die Gruppen wo wir Menschen erreichen können, um so mitzuhelfen, eine grössere Weite in unser Denken und Dienen hineinzubringen.

E. Koller: Im Absatz, der drin steht unter Punkt 2, steht: „dazu gehört auch der soziale Einsatz und die politische Verantwortung“. Gerade jetzt im Hinblick darauf was Frau Haller gesagt hat, können Sie das ausführen? Was heisst nun, Evangelium verkünden im sozialen Einsatz, in der politischen Verantwortung?

P. Siegfried: Ich darf zu Frau Haller vielleicht noch ergänzen, dass in Amerika natürlich eine unwahrscheinliche Debatte im Gange ist zwischen den republikanischen Religiösen und den Hauptkirchen. Die Hauptkirchen wie die presbyterianische, die methodistische Kirche und andere, die sich sehr viel stärker ans europäische Bild anlehnen. Die methodistische Kirche hat z.B. anfangs Jahrhundert ein soziales Statut herausgegeben, das ständig aufgearbeitet wird. Es ist ein Statut, mit dem Präsident Bush sehr grosse Schwierigkeiten hat, weil er von daher in unwahrscheinliche Spannung mit seiner eigenen Kirche kommt. Das ist noch ein Abstecher nach Amerika, nur um das Gefühl mitzugeben, da ist ein Prozess und ein Gespräch im Gang, das wir nicht übersehen und nicht unterschätzen sollten.

E. Koller: Ich möchte dem Podium Gelegenheit geben, zu diesem Punkt 2 ihrerseits Stellung zu nehmen. Wem darf ich das Wort geben?

S. Lutz: Liebe Freundinnen und Freunde. Es ist unsere Aufgabe, das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen. Es ist das, was uns ja auch zusammen hält, weil das etwas ist, was auf uns zukommt. Ich gestatte mir aber doch, nun im Sinne des kritischen Lesens eine Frage anzuführen an diesen Ausgangspunkt der Charta. Es macht so den Anschein, wir haben ein Evangelium für alle Menschen. Das ist ein hoher Anspruch: alle Menschen. Und dann gegenüber der Orientierungslosigkeit, der vielfältigen, der Entfremdung von christlichen Werten, der mannigfachen Suche nach Sinn kommen wir und bezeugen unseren Glauben. Ist diese Gegenüberstellung so durchzuführen? Gibt es denn in der Kirche nicht auch diese Orientierungslosigkeit und dann auch diese Entfremdung von christlichen Werten und eine mannigfache Suche? Ich will damit sagen, wo hört man hier nicht nur das Gegenüber der Christen gegenüber der Welt sondern die Solidarität der Kirchen und der Christen mit dieser ganzen Welt? Also, dass wir gleichsam ebenso die Empfangenden sind. Der soziale Einsatz und die politische Verantwortung kann ja dann nicht anders geschehen als in der Solidarität mit dieser Gesellschaft, so dass wir durch Verkündigung das Evangelium dann auch teilen miteinander.

E. Koller: Wer möchte dazu Stellung nehmen?

R. Trauffer: Vielleicht darf ich darauf hinweisen und ich bin stolz und vor allem auch dankbar, weil ich es als ein Privileg betrachte, Frau Haller, um Ihnen zu sagen, wie das entstanden ist, diese Charta. Ich war, wie viele andere unter Ihnen wahrschein-

lich auch, an dieser 2. Ökumenischen Versammlung in Graz unter dem Thema „Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“. Das war der Ausgangspunkt. Und am Ende dieser sehr bewegenden europäischen Begegnung wussten wir, wir müssen irgendwo das weiterführen. Aber es kann jetzt nicht einfach sein, schon wieder eine 3. Ökumenische Versammlung zu haben. Wir müssen da etwas verpflichtenderes organisieren. Und ich durfte einer Gruppe von 40 Leuten aus Europa angehören, obschon ich Schweizer bin, die sich erste Gedanken gemacht haben. Wir haben dort also den Begriff Charta geprägt, wir bräuchten eine Charta. Und sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Es war, um dieses Europa, das sich da bildet, dieses Haus Europa, mitzugestalten, diese verschiedenen Zimmer und Etagen. Nicht einfach ökonomischen Zwängen oder politischen Gegebenheiten oder Unmöglichkeiten zu überlassen, sondern dem eine Alternative entgegenzustellen. Das war die Grundbewegung der Ökumeniker an dieser europäischen Versammlung, die zu dieser Charta geführt hat. Jetzt, lieber Mitbruder, wegen der Rückfrage. Ich denke es ging zuerst darum, in einem ersten Schritt uns zu sammeln und zusammenzufinden. Diese Feststellungen waren oder sind Feststellungen wo wir uns als Christen, wenn wir halt schon uns mit dieser Einheit verstehen, wenn wir unsere Welt um uns betrachten, irgendwo auch solidarisch finden können, weil wir wegen Jesus Christus und wegen seinem Evangelium denken, wir hätten eine Mitte, von der wir ausgehen dürfen. Angesichts der so vielen Fragen, die um uns herrschen.

E. Koller: Ich möchte, dass die einzelnen Teilnehmer hier mit ihrem Postulat zum tragen kommen und gehe jetzt gleich zum zweiten Punkt. Samuel Lutz, Sie haben sich den Punkt 6 vorgenommen „Dialoge fortsetzen“. Warum ist das Ihr zentraler Punkt?

S. Lutz: Weil Punkt 2 schon besetzt war.... Nein, ich kann Ihnen nun etwas sagen zu Punkt 6, was der in mir so bewegt. Also diese erste Feststellung „Unsere in Christus begründete Zusammengehörigkeit ist von fundamentaler Bedeutung“. Dem stimme ich gedanklich und erfahrungsmässig von Herzen gerne zu. Diese Zusammengehörigkeit ist in Jesus Christus gegeben. Wir streiten einander bei unterschiedlichen Theologien und Positionen die Christlichkeit nicht ab. Ich halte das für wesentlich. Das war nicht immer so. – Diese Zusammengehörigkeit, die allem voraus liegt, bedeutet, dass das was uns verbindet – ich rede jetzt an die Adresse der römisch-katholischen Kirche namentlich – ist tatsächlich stärker, als was uns trennt. Das gemeinsame Vater unser, die Heilige Schrift, das ökumenische Liedergut, die soziale Tätigkeit, die Anerkennung der Taufe, der Weltgebetstag usw. Das ist sehr sehr viel. Das ist Ausdruck dieser inneren Verbundenheit. Ein zweites. Dieser kurze Satz, dass diese Verbundenheit da ist, ist ein sehr vorsichtiger, aber gewollter Versuch, gemeinsam zum Ausdruck zu bringen, dass wir an die eine Kirche Jesu Christi glauben. Aber das ist der Anschluss - ich will das einfach sagen „Das isch nid nüt“ - an das altkirchliche Bekenntnis. Das höre ich daraus. Dann drittens: Diese Zusammengehörigkeit, die kann man erleben. Pater Trauffer hat gesprochen „was wir da tun, was hier geschieht, ist etwas heiliges“. Sie haben es alle schon erlebt, wenn sie in Afrika in einem Gottesdienst sind oder irgendwo in einer Migrationsgemeinde, da spüren sie, das ist der gleiche Christus. Er spricht in unterschiedlicher Gestalt. Das ist ein enorm grosses Gut. Und darum lautet dann für mich bei Punkt 6 „Dialoge fortsetzen“ die eigentliche ökumenische Frage: Wie gehen wir mit den Unterschieden um, dass wir uns besser verstehen, dass wir uns erklären, dass wir Wege zueinander suchen, aber dass wir nicht den Ausgangspunkt schaffen müssen? Das ist wichtig für mich.

E. Koller: Der Ausgangspunkt ist ja in diesem Punkt 6 genannt: Wenn man Streitfragen hat, soll man sie im Lichte des Evangeliums erörtern. Nun ist das ja nicht so ganz einfach, wenn wir die Kompendien von Interpretationen des Evangeliums vor uns haben, auch die Differenz. Was heisst das für Sie?

S. Lutz: Ich sags jetzt ein bisschen aus der Kirchengeschichte; im Lichte des Evangeliums. Da ist eben die grosse Gefahr, dass man davon ausgeht, das Evangelium sei auf meiner Seite und ich argumentiere vom Evangelium aus. Dabei argumentiere ich nämlich von meinem Verständnis des Evangeliums aus. Und der echte Dialog würde darin bestehen, herauszuhören, wo in dem was die anderen sagen, das Evangelium ist. Da müssen wir dann noch zu verstehen probieren, haben wir jetzt beide das gleiche Evangelium verstanden? Aber das Evangelium, weil es uns alle anspricht, sage ich jetzt einmal verkürzt, spricht es auch aus verschiedenen Glaubenszeugnissen und das Evangelium bringt uns zum Dialog und nimmt uns gerade aus dem Monolog heraus.

E. Koller: Am Schluss steht: Man müsste dann die Ergebnisse, die man im Dialog erarbeitet hat, auch kirchenamtlich verbindlich erklären.

S. Lutz: Das sagt der Kirchenbund immer und wir wehren uns dagegen tapfer. Also, da gebe ich zu, da ist ein Problem. In der katholischen Kirche – so verstehe ich das – setzt sich dann das Glaubensgut über in das Kirchenrecht und darum ist das Kirchenrecht auch etwas theologisches. Da ist viel noch zu arbeiten, in dieser Übersetzung, in dieser Verbindlichkeit des Kirchenrechts. Aber, da darf ich jetzt vielleicht etwas sagen. Es gibt nicht nur die Verbindlichkeit des Rechts. Es gibt die Verbindlichkeit des inneren Gewissens und des Engagements und wir appellieren vielleicht als Protestanten ein bisschen mehr darauf.

E. Koller: Also, die Aussagen, die hier im Saal aufgehängt sind und wo wir uns selber verpflichtet haben, als Kirchen, das ist ja auch eine Verbindlichkeit, die geschaffen wurde: die Charta oecumenica, oder?

S. Lutz: Ja. – Sehen Sie, Verbindlichkeit heisst aber nicht, dass wir dann diesen Texten gehorchen müssen, sondern dass uns eine innere Kraft zusammen bringt, gemeinsam dafür einzustehen.

P. Siegfried: Ich muss sagen, dieser eine Satz, was von den Dialogergebnissen kirchenamtlich verbindlich erklärt werden kann und soll, der steht mir etwas quer. Ich möchte eher fragen: Was können wir an Reglementen aufgeben und was können wir an mehr Freiraum hineinbringen? Es ist so viel Angst in unseren kirchlichen Kreisen, es könnte etwas ausserhalb des Rahmens geschehen. Ich möchte ein Stichwort hineinbringen: Frömmigkeitstypus. Wer nicht meiner Frömmigkeit entspricht, nicht den gleichen Ausdruck hat der Frömmigkeit, der ist sehr oft suspekt. Und ich denke, das ist an und für sich ein Widerspruch zu dem was Punkt 2 der Charta sagt „Jeder ist frei zu der Gemeinschaft zu gehören, zu der er will.“
Ich möchte, dass wir da mehr Freiheit an den Tag bringen, einander zu erleben und einander zu schätzen in unserer Verschiedenartigkeit und nicht gleich hingehen und reglementieren wollen.

E. Koller: Also Deregulierung auch in den Kirchen? Frau Zürcher sind Sie damit einverstanden?

E. Zürcher: Ich möchte einfach grundsätzlich etwas sagen zu diesem Punkt Dialog. Ich hätte ihn auch sehr gerne genommen, habe mich dann aber für einen anderen entschieden. Der Satz heisst ja: „Es gibt keine Alternative zum Dialog“. Und das möchte ich sehr stark unterstützen. Ich denke, in der jüngeren Vergangenheit haben auch die Mennonitengemeinden, die Täufergemeinden gespürt und erfahren, wie wichtig der Dialog ist. Der Dialog hat ja stattgefunden weltweit mit den Katholiken aber auch mit dem Reformierten Weltbund. Und jetzt ist das Gespräch mit dem SEK geplant und das denke ich ist ganz wichtig für unsere Identität und auch für die Identität der anderen Kirchen aber auch für das Zusammenarbeiten.

E. Koller: Frau Lenzin, das ist ja ein Dialog, der primär mal unter den Christen stattfinden soll. Trotzdem, Sie sind in diesem Land, sie erleben das aus nächster Nähe mit. Was sind Ihre Gedanken zu diesem Dialog?

R. Lenzin: Ich persönlich finde es interessant. Ich verfolge das auch. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, dass mich das nichts angeht. Das ist eine innerkirchliche Angelegenheit, da kennen wir die Hintergründe nicht und es gibt von muslimischer Seite nichts dazu zu sagen.

E. Koller: Ich suggeriere mal etwas. Entdecken Sie, dass Leute im innerchristlichen Dialog dialogbereiter sind, vielleicht auch dialogbereiter sind im interreligiösen Diskurs?

Foto 4

R. Lenzin: Das könnte ich mir schon vorstellen, dass da eine Ähnlichkeit besteht. Wer grundsätzlich eine gewisse Offenheit hat, hat die Offenheit vielleicht eben auch über den eigenen Tellerrand hinaus. Davon gehe ich in meiner Praxis eigentlich auch aus. Das ist das was man immer wieder feststellt. Wenn eine grundsätzliche Offenheit da ist, dann findet man auch das Gespräch. Und es gibt ja auch sehr viele Gemeinsamkeiten. Und auch von muslimischer Seite, wenn ich diese Charta lese, dann gibt es schon Punkte wo wir durchaus etwas sagen können, mitreden können. Das sind nicht unbedingt die ersten Punkte, wo es eben vielleicht tatsächlich um innerkirchliche Angelegenheit geht. Aber wenn es um die Verantwortung, die gemeinsame Verantwortung eben auch für Europa geht, dann sind auch die Muslime angesprochen. Die Muslime, die hier in Europa leben. Und auch die gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung, für die Welt. Ich denke, da sind die Muslime genauso angesprochen wie die Christen. Und dann geht es uns etwas an. Aber nicht konkrete innerkirchliche Angelegenheiten.

E. Koller: Herr Trauffer, die katholische Kirche wurde angesprochen. Ihre kurze Stellungnahme zu diesem Punkt?

R. Trauffer: Ich vermute, es ist ein Übersetzungsproblem. „Kirchenamtlich“ – das ist für mich ein typisch deutschsprachiger Ausdruck, den ich eigentlich in den anderen Sprachen im Kirchengebrauch nicht finde. – Es ist die Verbindlichkeit, die hier wesentlich ist. Wir haben hier ein mehr charismatisches Element, das haben wir von Pfarrer Samuel Lutz gehört. Das ist durchaus so gegeben. Aber es gibt dann halt doch wieder die Frage, wo Jesus sagt: Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich. Auch da gäbe es noch eine Ausführung zum Referat. Oder entweder ist man warm oder kalt, aber man ist nicht lauwarm. Und in dieser Verbindlichkeit denke ich, muss man auch solche Dialoge einbinden, weil man sich verlassen können muss auf den anderen.

E. Koller: Elsbeth Zürcher, Sie haben Punkt 8 gewählt.

E. Zürcher: Grundsätzlich kann ich alle zwölf Punkte aus vollem Herzen unterschreiben und hatte dann drei Punkte in der engeren Auswahl und schlussendlich fand ich doch den Punkt acht für mich und meine Kirche sehr wichtig. Völker und Kulturen versöhnen ist der Titel. Ich hätte den Titel vielleicht ein bisschen anders formuliert, aber ich denke, Versöhnung ist für mich so die Kernbotschaft des Evangeliums und ist ein ur-täuferisches Anliegen. Wir sind ja, sagt man, eine historische Friedenskirche. Man muss aber auch zugestehen, dass wir dann manchmal im Laufe der Jahrhunderte das nicht mehr so geschafft haben, wie wir es eigentlich möchten. Wichtig ist mir hier einfach, dass der Glaube ja nicht nur persönlich und innerlich sein kann, sondern er muss sich in der Nachfolge im konkreten Leben zeigen, zum Beispiel im Verzicht auf Gewalt, im Bekämpfen von Ungerechtigkeit, im Teilen, in Gastfreundschaft.

E. Koller: Können Sie zu diesem Hintergrund der Täuferbewegung noch etwas sagen, was da Ihr Nerv ist, der da getroffen ist. Gewaltfreiheit haben Sie genannt. Sind hier noch andere Motive mit im Spiel? Hier wurde Nationalismus genannt, Gleichberechtigung der Frauen wird genannt im Punkt acht.

E. Zürcher: Ich denke, es war vor allem der Gewaltverzicht und Freiheit von Gewalt, der mich angesprochen hat. Vielleicht auch im Moment. Die Mennoniten sind immer wieder am Überlegen: Wie können wir das leben? Mit den anderen Kirchen oder anderen Religionen zusammen. Mit der Theorie ist es nicht gemacht. Ich denke, wir sind alle für den Frieden. Das ist aber so allgemein. Ein gutes Beispiel wäre die Dekade zur Überwindung der Gewalt, die wir auch unterstützen und ich denke, sie ist für die Kirchen allgemein ein sehr gutes Projekt, das 10 Jahre lang von 2001 bis 2010 umgesetzt wird, aber hoffentlich dann auch weiter geht.

E. Koller: Wenn ich an meine ziemlich weit zurückliegende Jugend denke, dann waren Täufer etwa dadurch aufgefallen, dass sie Militärdienst verweigerten, das war damals noch ein Riesenproblem. Frage: Fühlen Sie sich überhaupt mit Ihrem grundsätzlichen und radikalen Postulat der Gewaltfreiheit, fühlen Sie sich da heute im Christentum oder überhaupt in der Gegenwart in Europa besser aufgehoben als vor 50 Jahren?

E. Zürcher: Bestimmt, ja. Wir haben uns ja auch eingesetzt für den Zivildienst. Und es gibt ja jetzt in der Schweiz die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten. Das war ein ganz wichtiger Schritt. Und jetzt ist das Engagement vielleicht verstärkter in der Mediation, Konflikte schon in der Familie zu vermeiden helfen, aber auch in den Kirchen. Wir werden ja heute Nachmittag noch auf das Thema kommen „evangelikal – liberal“, also die verschiedenen Schubladisierungen und die verschiedenen Flügel die es gibt, in allen Kirchen, denke ich. Dass wir da zusammen einen Friedensweg finden, das ist ganz wichtig.

E. Koller: Ergänzungen vom Podium? - - - Man ist sich so einig. Dann möchte ich etwas provokatives sagen: Wie verhindern wir, dass das nicht nur schöne Worte bleiben?

S. Lutz: So wie ich aufgewachsen bin, hat das Wort „Versöhnung“ etwas emotionales. Und dieser Artikel wird dann so konkret. Versöhnung heisst: das gleiche Recht haben. Das ist das, was Frau Haller gesagt hat: Absolute Gleichwertigkeit aller Menschen. Die ganze soziale Abstufung, die Gewaltlosigkeit gegen Frauen. Da kommt eine relativ kleine Gemeinde und lebt das einfach vor, bis dann auch die Landeskirchen merken, dass Versöhnung etwas mit Gewaltlosigkeit zu tun hat. Und das sind die gleichen Themen – und das fasziniert mich dann auch – die eigentlich im Völkerrecht angesprochen werden. Also wenn Kofi Annan sagt: „Die Voraussetzung des Dialogs ist der innere Wille zur Versöhnung“, dann spricht er das an, wessen wir alle bedürfen. Und von daher sind die Erfahrungen die eine kleine Gemeinde über 500 Jahre gemacht hat, ein sehr wesentliches Erfahrungs- und Glaubensgut für das ökumenische Gespräch und den Erfahrungsaustausch heute.

E. Koller: Da könnte man sagen, um etwas provokativ das Referat von Frau Haller aufzunehmen, dass hier eine Gruppierung innerhalb des Christentums radikal sich berufen gefühlt hat für Gewaltfreiheit sich einzusetzen, hat der europäischen Gesellschaft – den Kirchen zuerst – sehr gut getan und hat in die Gesellschaft und am Schluss auch in die Politik hinein gewirkt. Also da wäre ein positives Beispiel einer religiösen Motivation, die in die Gesellschaft hineinwirkt ohne dass das irgendwo mit elitärem Berufungsbewusstsein zu tun hat? Teilen Sie diese Meinung oder sind Sie dagegen?

P. Siegfried: Ich teile das sehr und ich denke, als Kirche müssen wir uns bewusst sein, dass wir dieses Versöhnen nicht einfach an die Politik delegieren können. Versöhnung geschieht, wo Menschen zusammen kommen. Die methodistische Kirche ist eine Kirche, die weltweit und auch europaweit organisiert ist. Und ich schätze das sehr, wie wir in verschiedensten Arten immer wieder zusammenkommen und Völker übergreifend im Gespräch sind. Ich denke, dass das ein guter Weg ist von uns Kirchen, hier einen Beitrag zu leisten. Aber da wo Menschen einander begegnen, da geschieht ein Prozess und da kommt etwas in Bewegung, auch wenn das *nur* kleine Gruppen von Christen sind. Aber das weitet sich aus und hat seine Auswirkungen.

E. Koller: Herr Trauffer, gehört hier die Gleichberechtigung von Frauen dazu? Ich wollte eigentlich nur fragen: die katholische Kirche hat das mit Überzeugung mitunterschieden. Können Sie zwei, drei Gründe dazu geben?

R. Trauffer: Ja, selbstverständlich, weil wir ja unterscheiden wenn es um Recht geht oder Recht auf. Was die Kirche grundsätzlich dazu sagt – und ich weiss warum man hier lacht und ich kann das auch verstehen. Und ich weiss, warum Herr Dr. Koller mir die Frage zuspielt und ich will sie nicht umschiffen. Wir haben als katholische Kirche hier voll unterschrieben, weil es unmöglich wäre, sich hier im Evangelium zu wissen, ohne das so wirklich bekräftigen zu können. Etwas anderes ist dort, wo man fragt, wie eine Gemeinschaft sich gestaltet und wie sie sich in der Tradition versteht und ob es eben um einen Rechtsanspruch geht. Wenn es um gewisse Zuteilungen oder um Berufungen geht, muss das geklärt werden. Sie haben die Frage der Zulassungsbedingungen zur Priesterweihe gestellt. Wir stehen ja auf dem Standpunkt, um es noch einmal ganz klar zu sagen: Es besteht grundsätzlich für keinen Menschen ein Rechtsanspruch auf die Weihe. Das ist die grundsätzliche Aussage. Aber die Tradition sagt dann, neben dieser grundsätzlichen Aussage: Es hat eine bestimmte Bedeutung, dass... – und dann kennen Sie die Argumentationskette, die wir anführen. – Wir fühlen uns aber natürlich umso mehr herausgefordert durch diese wichtige Frage, die hier gestellt wird, dass wir in all jenen Bereichen wo wir durch die Tradition und unser Selbstverständnis nicht darin gehindert werden, das so zu leben und umzusetzen, umso mehr engagiert auch das zu tun. Und in der Praxis können wir genügend Beispiele dafür anfügen.

E. Koller: Meine Antwort ist darauf jeweils: Keine einzige Schweizerin hat einen Rechtsanspruch darauf Bundesrätin zu werden, aber sie hat die Möglichkeit. – Frau Lenzin, in der Charta oecumenica steht im Paragraf 11 ein spezielles Kapitel über den Islam, vorher über das Judentum und nachher noch zu den Religionen generell. Können Sie ein paar Dinge sagen, warum Ihnen dieser Punkt 11 wichtig ist?

R. Lenzin: Ich könnte eigentlich nicht sagen, dass mir der jetzt besonders wichtig ist. Ich stelle erfreut fest, dass es ihn gibt. Aber gerade wenn ich ihn vergleiche mit dem Punkt über das Judentum, dann sieht man eben auch, dass es ein historisch ganz anders gewachsenes Verhältnis ist, das Verhältnis zwischen Christentum und Judentum einerseits und Christentum und Islam andererseits. Beim Judentum steht ja auch, dass man sie als Geschwister versteht. Sie werden als Geschwister angeredet. Das fehlt beim Islam. Während die Muslime eigentlich die Christen und die Juden als Geschwister verstehen. Man sieht sich in der gleichen Linie wie die anderen zwei abrahamitischen Religionen und in diesem Sinn fühlt man sich denen durchaus verbunden. Das ist einseitig von muslimischer Seite her, nicht unbedingt von christlicher Seite her. Und das, was hier formuliert wird in diesem Punkt 11, ist ein Anfang, aber es ist ein Minimalanspruch, der nicht sehr weit geht. Umzusetzen gibt es da eigentlich nicht viel. Es wurde mir einmal gesagt an einem Podiumsgespräch, als ich das als selbstverständlich vorausgesetzt habe, dass man die Würde des Menschen als solche respektiert, das sei nicht so selbstverständlich. Das sei ein grosser Schritt gewesen in der christlichen Kultur. Aber ich würde doch meinen, das ist eine Mindestanforderung, dass man einander mit Respekt begegnet.

E. Koller: Dahinter steht auch eine leidvolle Erfahrung. Sie haben mir bewusst gemacht, dass jetzt hier die Muslime anders behandelt werden als die Juden, obwohl alle aus der gleichen abrahamitischen Tradition heraus stammen. In Kapitel 12 wird dann noch genannt: die grundsätzliche Verpflichtung für Religions- und Gewissensfreiheit. Und da sind ja die Traditionen in den muslimischen Ländern andere als in den europäischen Ländern, obwohl der Islam ja mit zum europäischen Erbe gehört.

Können Sie dazu noch etwa sagen? Würden Sie aus islamischer Sicht genauso dazu verpflichtet wissen, Religions- und Gewissensfreiheit zu garantieren?

R. Lenzin: Also ich sehe da, mindestens was die monotheistischen Religionen angeht, kein Problem. Alles was Buchreligionen sind, und dazu kann man auch den Hinduismus und den Buddhismus zählen, ist vom Islam her unproblematisch. Ich könnte da den Koranvers zitieren, der das eigentlich abdeckt: „Wir glauben fürwahr an das was uns als Offenbarung herabgesandt worden ist und was euch herabgesandt wurde. Und unser Gott und euer Gott ist einer und ihm sind wir ergeben.“ Das deckt das eigentlich ab. Es ist da nicht ein Absolutheitsanspruch für den Islam postuliert. Der Islam tut sich nach wie vor schwer, Religionen anzuerkennen oder Religionsfreiheit zu gewähren, bei Religionen, die nach ihm entstanden sind, eben genau gleich, wie das beim Christentum eigentlich der Fall ist. Und die Baha'i sind davon betroffen in den islamischen Ländern. Aber sonst grundsätzlich würde ich sagen, ist das kein Problem. Es gibt ja auch den sehr wichtigen Satz im Koran, der da heisst: „Es gibt keinen Zwang im Glauben.“

E. Koller: Nun haben wir im Punkt 2 von der Dringlichkeit, das Evangelium zu verkünden, gehört. Das machen Christen auch. Sie betreiben Mission. Muslime machen das ihrerseits. Wo beginnt für Sie diese Mission an einen Punkt zu kommen, wo sie für Sie unerträglich wird.

R. Lenzin: Mission ist eine christliche Angelegenheit und keine muslimische. Also der Islam kennt als solche die Mission nicht. Man hat nie versucht, muslimischerseits, in christlichen Gebieten zu missionieren oder in jüdischen. In Afrika hat man das gegenüber den Stammesreligionen gemacht und macht das wahrscheinlich heute noch – in Konkurrenz zu den Christen. Aber der Islam hat nicht einen Missionsauftrag wie ihn das Christentum hat.

E. Koller: Würden Sie sagen die Eroberungsfeldzüge im 8./9. Jahrhundert oder dann wieder im 16./17. Jahrhundert, sind allenfalls religiös kaschiert, das war Machtdemonstration oder Machtauseinandersetzung und nicht religiöse Missionierung?

R. Lenzin: Ja. Das war genau so wie Sie's gesagt haben. Das waren Eroberungsfeldzüge und es ging um den Machtanspruch. Das waren Kriege, die geführt wurden von Muslimen, aber nicht um der Religion willen.

E. Koller: Da kommen wir in die schwierige Geschichte. Wie unterscheidet man da Politik und Religion? Was wird im Namen der Religion gemacht und was ist legitimerweise religiöses Bedürfnis? Wem darf ich noch das Wort geben?

P. Siegfried: Mich schmerzt es, wie viel Desinformationen uns gegeben werden im Blick vor allem auf den Islam. Und wie viel einseitige Information wir bekommen. Ich war vor etwa drei Jahren nach Mazedonien eingeladen zu einem Dialog und da waren wir zusammen Christen, Muslime und Juden. Wir hatten eine Begegnung. Dort hatten uns die Leute aus Mazedonien gesagt: Ja weißt Du, wir haben immer gute Beziehungen gehabt. Wir haben uns gegenseitig, Muslime und Christen zu unseren Festen eingeladen, zum Abschlussfest des Ramadan, zu Weihnachten. Das hat alles bestens funktioniert und wir hatten Respekt. Jetzt dürfen wir es nicht mehr. Und an dieser Tagung ist etwas grossartiges geschehen. Wir haben die Seminare besucht, das muslimische Seminar, das orthodoxe Seminar. Und bei einem dieser

Besuche haben sich die beiden Dekane das erste Mal die Hände gereicht und gegenseitig das Versprechen abgegeben: Fortan wird ein Muslim im orthodoxen Seminar die Informationen über den Islam geben und ein christlicher Theologe im islamischen Seminar die Informationen über das Christentum. Also da geschehen Schritte, die werden nicht aufgenommen bei uns. Die werden leider nicht bekannt oder höchstens in kleinen Kreisen bekannt, die es wert wären viel mehr zu bedenken, um zu sehen es gibt nicht nur den Radikalismus. Es gibt auch die Versöhnung, es gibt das aufeinander zu gehen. Es gibt es, das einander ernst nehmen und respektieren.

Foto 5

R. Trauffer: Weil ja an mich auch schwierige Fragen gestellt werden, Frau Lenzin an Sie die Frage: Wenn ich das Zeugnis höre von einem Schweizer, der Bischof ist von Arabien. Das ist das grösste Bistum auf der Erde, es umfasst verschiedene Länder. Von Bischof Paul Hinder höre ich, wie er Schwierigkeiten hat in einem arabischen Land zu reisen, als Bischof. Haben Sie mir eine Erklärung wieso das so sein muss? Vielleicht gibt es ja eine Erklärung, warum man in gewisse Länder die Heilige Schrift nicht mitnehmen darf im Gepäck? Warum man solche Schwierigkeiten haben muss? Gibt es eine Erklärung?

R. Lenzin: Also ich würde jetzt einfach sagen, solche Behauptungen sind für mich schwer nachvollziehbar. Ich will niemandem zu nahe treten. Es wird sicher so sein, dass es z.T. auch übereifrige Zöllner gibt am einen oder anderen Ort. Aber grundsätzlich ist es in der islamischen Welt kein Problem wenn jemand eine Bibel mit sich bringt. Ein Problem gibt es, wenn jemand eine Wagenladung Bibeln mitbringt. Also wenn klar zu missionarischen Zwecken Bibeln mitgeführt werden. Auf die missionarischen Bestrebungen ist man aus - leidvollen - Erfahrungen ziemlich allergisch. Es ist unterschiedlich, in welchen Teilen der islamischen Welt das geschieht und es ist nicht nur in der islamischen Welt so. Und da ist eine gewisse Abwehrhaltung, die auch zu solchen Übergriffen führen kann. Aber ich würde meinen, dass man die Länder auch einzeln betrachten müsste. Saudi-Arabien ist nicht massgebend für die gesamte islamische Welt. Ich habe diesen Bericht auch gelesen. Es hat ja in der Zeitung auch schon eine Stellungnahme gegeben von Bischof Hinder. Was mich dann ein bisschen erstaunt hat, jetzt als Aussenstehende: Europäische Christen gibt es ja sehr wenige, die dort zu betreuen sind. Meist sind es ja Leute aus asiatischen Ländern, also Philippinos. Wieso nimmt man da nicht jemanden von dort? Ich denke, dass der auch auf wesentlich grössere Akzeptanz stossen würde in der islamischen Welt, als wenn man jemanden schickt aus Europa.

E. Koller: Herr Trauffer hat Punkt 4 aus der Charta oecumenica herausgegriffen als Postulat, das ihm besonders wichtig ist. Darf ich Sie bitten, das kurz zu erläutern?

R. Trauffer: Punkt 4 heisst „Gemeinsam handeln“. Ich habe geschwankt zwischen Punkt 9 „Schöpfung bewahren“ und Punkt 4, weil ich einen Punkt herausnehmen wollte, der wirklich für meine Kirche wichtig ist, wichtig sein soll. Wir sollen nicht nur Lippenbekenntnisse machen, wir sollen Tatbeweise antreten und unsere Welt braucht diese Tatbeweise. Das war die Motivation warum ich mir gesagt habe, ich möchte hier auch zeigen, wie viel wir als Christen, als Kirchen gemeinsam auch tun können. Leider haben wir es erst nach Jahren jetzt wieder zustande gebracht, uns gegen die Sonntagsarbeit einzusetzen. Aber das ist ein schönes Zeichen für mich, ein hoffnungsvolles Zeichen. Wir müssen unbedingt auf diesem Weg weitergehen. Da haben wir uns angestrengt zusammen. Es gibt sehr sehr viele Postulate, die wir verwirklichen können und ich denke, wir sollen gemessen werden an dem, was wir wirklich tun können miteinander. Wir sollen nichts unversucht lassen. Alles was ja schon hier gesagt wurde, muss eine Umsetzung im konkreten Handeln erfahren, sonst ist es unbrauchbar.

E. Koller: Ein Abschnitt dieses Punktes 4 heisst „ökumenische Gremien soll man einrichten auf allen Ebenen: lokal, regional, national, international.“ Zu welchem Zweck?

R. Trauffer: Um alle diese Dinge, die vorher schon gesagt wurden, auch wirklich zu praktizieren. Wenn plädiert wurde für einen Dialog, für ein Gespräch. Wenn plädiert wurde für besseres Verständnis, Kenntnis von einander. Dann braucht es diese Verbindungen auch institutionalisiert, die das fördern, vertiefen, begleiten. Und ich denke, auch diese Gruppierung hier im Kanton Bern hat ja so viele gemeinsame Initiativen schon lanciert und zeigt, wie lebendig diese Kirche in diesem Kanton ist.

E. Koller: In der Selbstverpflichtung 1 heisst es in diesem Punkt „Wir müssen gemeinsam handeln überall dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind und keine Gründe des Glaubens entgegen stehen.“ Wer bestimmt die Gründe des Glaubens? Das Volk Gottes, die Hierarchie?

R. Trauffer: Ich denke, die Gründe des Glaubens ist eine erste Erprobung ähnlich wie Pfarrer Lutz das gesagt hat. Wenn jemand mit mir über das Evangelium diskutieren will oder einen Dialog führen will, dann versuche ich herauszufinden, was ist ihm wichtig, was ist für ihn bedeutsam. Und wenn jemand mir erklärt, warum er Mennonit ist oder Methodist oder Protestant, dann versuche ich zu entdecken, was ihm wert ist in seiner eigenen Tradition. Dann habe ich ihn schon besser verstanden und dann respektiere ich auch das, was mich dann überhaupt nicht hindert zur Tat überzugehen.

S. Lutz: Es gibt ja seit eh und je immer diese zwei Schienen der Ökumene: Faith and Order und das praktische Christentum. Und tatsächlich, ich habe auch davon gesprochen, dieses gemeinsame Handeln ist nicht wenig. Das ist auch Wirken des Heiligen Geistes. Das schliesst aber die theologische Diskussion nicht aus. Man kann nicht das eine tun und sich mit dem trösten und das andere dann lassen. Und ich glaube, wir sind in der ökumenischen Zusammenarbeit praktisch im Punkt 4 sehr weit gekommen und sollen hier auf allen Ebenen weiterarbeiten. Es ist aber auch der Moment nun da, uns auch theologisch auseinander zu setzen, nämlich über die

Gründe des Glaubens. Das Thema ist die eucharistische Gemeinschaft, die die Einheit im Glauben voraussetzt. Also müssen wir über den Glauben sprechen, wie wir ihn verstehen oder unterschiedlich verstehen. Das eine schliesst das andere nicht aus. In dem Sinn würde ich dafür plädieren, geht es jetzt nicht um einen Paradigmenwechsel der Ökumene gleichsam von der Tat zur Theorie sondern im Kontext des gegenseitigen Zusammenarbeitens auch des zusammen Denkens und theologischen Überlegens. Im Anschluss an das Vorherige: Es ist eben auch zusammen mit den anderen Religionen auch vom Glauben die Rede. Also die Frage des Monotheismus, der Glaube an den einen Gott ist für uns die Frage an die Trinität „Vater, Sohn und Heiliger Geist“. Das sind nicht veraltete Fragen, wenn sie lebendig religiös da sind. So haben wir ökumenische, so haben wir interreligiöse Fragen. Und dieser Dialog, diese Auseinandersetzung braucht uns nicht zu bedrohen, sondern dort sind die Chancen drin.

E. Koller: Nun haben etwa vor 50 Jahren die Kirchenleitungen noch sagen können: Ja das Kirchenvolk ist noch nicht so weit. Und heute sagt häufig das Kirchenvolk, die Kirchenführungen sind noch nicht so weit. Wie machen Sie das? Man liest ja fast jeden Tag oder jede Woche in der Zeitung, dass irgendetwas noch nicht geht, ökumenisch, dass man im Handeln noch nicht gemeinsam Weiter-Agieren kann. Wie machen Sie das dem Kirchenvolk plausibel?

S. Lutz: Wir waren schon einmal beim Thema Kirchenleitung und Gemeinde und Sie haben gesagt, es sei gar nicht so leicht. Das ist eben auch ein Gemeinsames. Man kann die ökumenische Frage eben nicht einfach den Kirchenleitungen überlassen. Sonst denken wir hierarchisch. Auf der anderen Seite können Kirchenleitungen nicht vom Volke Gottes absehen. Der Heilige Geist der wirkt hierarchisch und subversiv zugleich und irgendwo zwischendrin läuft dann die ökumenische Diskussion. Das ist vielleicht auch das Leiden daran, das wollen wir ehrlich zugeben. Ich betrachte es nicht nur als ein Bremsen, aber es gibt das echte ökumenische Leiden durch gesellschaftliche Veränderung.

E. Koller: Ökumenisches Leiden auch bei Ihnen?

P. Siegfried: Ich gehöre nicht zur Hierarchie und ich bin froh darüber. Ich denke für einen jeden Pfarrer, für einen jeden, der ein Stück Verantwortung trägt in der christlichen Kirche – weit oben oder weit unten spielt keine Rolle – gibt es immer wieder dieses ökumenische Leiden. Wer einen Geschmack bekommen hat für diese Beziehungen und die Offenheit bekommen hat für andere, der wird immer wieder auf Missverständnisse und Unverständnis stossen. Ich denke, das gehört zu uns. Und ich hoffe nur, dass wir nicht müde werden, trotzdem dran zu bleiben und weiter in diese Richtung zu arbeiten.

E. Zürcher: Ich möchte dort anschliessen. Ich bin froh, dass wir bei den Mennoniten und Täufern eine ganz flache Hierarchie haben und möglichst zusammen entscheiden, was wir als wichtig ansehen und zusammen die Bibel lesen und zusammen auslegen, so weit das geht. Das ist, glaube ich, zentral.

E. Koller: Und wie ist das, wenn man eine steile Hierarchie hat, Herr Trauffer?

R. Trauffer: Es ist ja nicht so, dass die Kirche sich einfach ihre Verfasstheit so gegeben hat. Sie hat sie nicht, wie das Schweizer Volk, das sich eine Verfassung gibt

oder wie eine Nation die sich bildet, das ist der Wille eines Volkes. Wir verstehen uns als eine Gemeinschaft, gerufen von Gott. Das ist unsere Kirche, das ist unser gemeinsamer Glaube, den wir teilen. Das ist nicht irgendeine Zusammenkunft sondern das ist eine strukturierte gewollte Zusammenkunft, die sich da ergibt. Sie haben in der Tat recht, das sind Elemente, die ineinander gefügt sind. Es gibt keine Hierarchie, keine Nachfolger der Apostel, ohne die anderen Jüngerinnen und Jünger und es gibt keine Jüngerinnen und Jünger, die irgendwo sind, verloren oder auch einfach selbst aus eigenem Willen zusammengefunden haben, sondern es ist die Gemeinschaft der Nachfolger der Apostel – das ist jetzt katholisches Verständnis – die hier sich zusammenfindet in der Treue zu diesem Evangelium. Etwas anderes kann ich im Augenblick dazu nicht sagen. Wie dann eine Hierarchie sich artikuliert und wie sie prophetisch oder weniger prophetisch, mutig oder weniger mutig, wegweisend oder weniger wegweisend sich gestaltet, das hat eine sehr direkte Beziehung zu dem Volk Gottes, das sich meldet, das Mitverantwortung trägt. Und das ist ein Zusammenspiel von diesen beiden wichtigen Elementen, die das ganze Volk Gottes ausmachen.

FRAGEN AUS DEM PLENUM

Frage: Das Wesentliche ist tatsächlich das gemeinsame Handeln, so scheint es, in der heutigen Zeit. Und meine Frage geht dahin, ob man sich am Podium vorstellen kann, das gemeinsame Handeln im Hinblick auf das ursprünglich Verbundene hin auszurichten. Und das ursprünglich Verbundene, was uns alle tatsächlich verbindet, ist unsere gemeinsame Abstammung von dem einen Wesen, welches doch aus Erde gemacht ist. Und im Hinblick auf das Heil, auf das Heilige, wo man da auf die Schöpfung hinwies. Ob dieses gemeinsame Handeln auch das Heilmachen der so gequälten Erde, eigentlich unsere gemeinsamen Ursubstanz, hin Erfolg haben könnte. Und dass auf dem Weg dieses gemeinsamen Handelns das Komplizierte im miteinander sprechen, theologisch zu sprechen, sich dann im Erfolg des wirklich Heilwerdens auflösen würde.

Frage: Soll die Kirche Machtmittel einsetzen zur Umsetzung von Glaubens- und Religionsinhalten in den eigenen Kirchen? Wenn ja, welche?

Frage: In Punkt 3 der Charta wird ja hingewiesen auf die Zusammenarbeit in der theologischen Ausbildung und jetzt wo ja die Mittel für die theologischen Fakultäten in der Deutschschweiz immer mehr zurück gehen, wie sehen sie die Vision einer gemischtkonfessionellen theologischen Fakultät?

Frage: Ich bin S. Lutz sehr dankbar, dass er aus Römer 2,2 den zweiten Satz zitiert hat. Meine Frage wäre, wie wir da endlich wegkommen, uns in einem negativen Gegenüber zu verstehen. Also hier die Christen, die das Heil verwalten und auf der anderen Seite die orientierungslose Gesellschaft. Ich finde das schrecklich.

S. Lutz: Denken wir an Jona. Jona hatte den Evangelisationsauftrag: Geh nach Ninive. Warum die böse Stadt? Zuerst will er nicht hin und dann geht er schlussendlich hin. Er erfüllt seine Mission und dann wird die Stadt zu seinem Leidwesen nicht zerstört. Und Gott muss ihm sagen: Du, lieber Jona, hast du denn dein eigenes

Evangelium nicht begriffen, dass ich dich hierhin geschickt habe? Dass Ninive lebt. Und das ist ja das ganze Ziel des Evangeliums, dass wir leben und Leben in Fülle haben. Und das ist ja das Schöne noch, dass Gott ihn belehren muss: Und vergiss jetzt nicht, dass es auch um das Vieh geht. Und da ist die ganze Ökologie drin. Und am Schluss heisst es, dass Gott sich erbarmt und das Leben will aller Menschen und des Viehs. Das ist ein schönes Beispiel eines Evangelisationsauftrages, der eigentlich abzielt, auf das Gesundwerden, das Heilwerden der ganzen Erde, alles was lebt. Und darum, ich wage es fast nicht zu sagen, sind wir nicht dazu da, dass wir schlussendlich unser Christsein weiterbringen, sondern das was uns Christus gegeben hat leben und weiter leben. Was ist dir heilig? Gott, das Leben und der Mensch. Und das ist der innere Geist. Auf das kommt es wahrscheinlich an.

E. Koller: Und da dürfen die Missionare nicht überrascht sein, wenn ihre Wirkung anders ist, als dass sie sich das vorgestellt haben.

E. Zürcher: Bei diesem Punkt 2 „Evangelium verkündigen“ steht ja in der Verpflichtung, dass wir freie Gewissensentscheidung unbedingt beibehalten wollen und dass niemand moralischen Druck ausüben darf. Es kommt doch einfach auf den Ton an, wie wir Evangelium bezeugen oder weitererzählen. Und an diese Verpflichtung müssen wir uns halten, unbedingt und zum Evangelium stehen.

R. Lenzin: Wenn das die Bedingungen sind und sie eingehalten werden, ist es jedem frei zu entscheiden, zu welchem Gott er sich bekennen will. Das ist auch von islamischer Seite kein Problem. Die Erfahrung zeigt nur einfach, dass das in der Regel nicht so abgelaufen ist, v.a. nicht in der Dritten Welt. Das muss man als Tatsache einfach zur Kenntnis nehmen. Dass in vielen Ländern ausserhalb der christlichen Einflussosphäre einfach grosse Vorbehalte gegen gewisse missionarische Bestrebungen bestehen. Es geht da nicht nur um die Religion, es geht auch um die Kultur. Es geht um eine Kulturzerstörung, wenn man so will. Dieses Kapitel müsste man eigentlich abschliessen. Aber ich sehe auf der anderen Seite auch, es ist ein zentraler Auftrag im Christentum. Es ist etwas – nicht existentielles vielleicht – aber doch ein zentraler Auftrag. Und als Nichtchristen oder als Muslime oder Juden haben wir zur Kenntnis zu nehmen, dass das eben für die Christen so ist und wir können nicht von unserer Seite her verlangen, dass die Christen darauf verzichten, eben weil das in ihre Hoheit gehört. Es ist ihre Sache wie sie Religion definieren und was sie als dazugehörig betrachten oder nicht betrachten. Nur muss man dann auf der anderen Seite den anderen Religionen zugestehen, dass sie auch selber bestimmen wollen, was für sie elementar wichtig ist und was für sie eben nicht wichtig ist. Aber das wird immer ein schwieriger Punkt sein im Verhältnis zwischen der christlichen Welt und der nichtchristlichen Welt.

E. Koller: Noch zu dem, was der Herr gesagt hat, es gibt eine Fehlentwicklung innerhalb des Islam und es gibt Diskriminierung die die Muslime erfahren, wie beim Bau von Moscheen, usw. Was sagen Sie dazu?

R. Lenzin: Die Muslime sind zwar mittlerweile in Europa seit Jahrzehnten ansässig. Aber es gibt ganz klar eine Diskriminierung gegenüber Muslimen. Die ist zum Teil von rechtlicher Seite her gegeben. Wenn man da sieht, wie stark die Möglichkeiten der Entfaltung eingeschränkt sind. Der Muslim – oder sagen wir – ein Nichtchrist ist nicht unbedingt in seiner persönlichen Entfaltung eingeschränkt. Aber er ist als Gemeinde eingeschränkt. Zum Muslimsein gehört nicht nur das Individuelle. Es

gehört eben auch das Kollektive, dass man sich als muslimische Gemeinde manifestieren kann, manifestieren darf. Und dass man eben auch die zugehörige Infrastruktur bekommen müsste. Dass man eben die Möglichkeit bekommen müsste, die Kinder auch in der eigenen Religion zu schulen. In dieser Hinsicht ist die muslimische Gemeinschaft sehr stark benachteiligt. Das ist in den europäischen Ländern unterschiedlich. Aber für die Schweiz gilt das so.

E. Koller: Es bleiben die Fragen „gemeinsame Ausbildung von Theologinnen und Theologen“ und „der Einsatz von Machtmitteln“.

P. Siegfried: Ich möchte den Gedanken der gemeinsamen theologischen Ausbildung aufnehmen. Ich denke wir können von der Ökumene lernen und Ökumene heisst ja „weltumspannend“. Unsere Kirche in der Schweiz ist beteiligt am Aufbau einer Kirche in Kambodscha und wir hatten da vor sieben Jahren Kontakte mit fünf verschiedenen Gruppen. Damals haben wir entschieden, die erste Priorität muss die gemeinsame theologische Ausbildung der Pfarrer sein und wir haben das so gemacht. Und heute haben wir da eine Kirche, die wird gesponsert von fünf Organisationen aus drei Kontinenten. Wir haben Mittel gesucht, das gemeinsam zu machen und so eine Einheit zu finden und nach sieben Jahren darf ich sagen, ist diese Einheit weitgehend hier. Vielleicht müssen wir lernen, nicht Geld-orientiert zu denken sondern Zweck-orientiert, Berufsorientiert, Dienst-orientiert zu denken und es wäre schön, wenn wir hier auch in Europa konfessionsübergreifend noch viel mehr zusammenarbeiten könnten, in der theologischen Ausbildung wo unsere jungen Mitarbeiter geprägt werden und auch ein gutes Rüstzeug mitbekommen. Es gehört zu unserem Mandat „auf dass sie alle eins seien“ bereits dort einzusetzen und Wege dazu zu öffnen.

R. Trauffer: Beim zweiten Kapitel der Charta, im ersten Satz steht: „Die wichtigste Aufgabe der Kirchen in Europa ist es, gemeinsam das Evangelium durch Wort und Tat für das Heil aller Menschen zu verkünden.“ Das verstehen wir natürlich in unserem Selbstverständnis als christliche Kirchen, dass hier Wort und Tat zusammengehen müssen und dass es um eine Botschaft geht, die wir verkünden, weil wir sie nicht als Besitz erhalten haben, den wir zu horten haben, sondern das ist etwas das wir mit den Menschen auf der weiten Welt teilen. Das ist ein missionarisches Grundverständnis, das wir haben. Und wie wir das dann machen, darauf kommt es an. Eben in diesem Handeln. Da ist in allen Kirchen jede Missionstheologie inzwischen so weit entwickelt, dass es ganz klar ist, dass nur über den Weg der Solidarität, nur über den Einsatz für Gerechtigkeit und auch der Schutz und Bewahrung der Schöpfung hier eine Kirche authentisch und glaubwürdig dieses Evangelium weitergeben kann. Das ist inzwischen so, aber weil dem auch so ist, gibt es eine Kraft erneut auch in diesem Christentum und gerade in den Kirchen, die in der südlichen Hemisphäre engagiert sind. Da spüren wir natürlich, was für eine politische, was für eine gesellschaftskritische Bedeutung dieses Zeugnis der Christinnen und Christen dort hat. Und wenn es dann Länder gibt, wo eine Verfolgung stattfindet und wo Menschen sagen, das können wir nicht hinnehmen und wir uns dann solidarisieren, glaube ich, ist das in der geraden Linie auch dieser Vorgabe, die wir uns vorgenommen haben.

Zur anderen Frage: Selbst in dieser Charta wissen wir, es gibt nichts, ohne dass wir uns verpflichten. Es gibt nichts, wo wir uns nicht verpflichten wollen. Aber selbstverständlich hat der Herr, der die Frage gestellt hat, eine sehr konkrete Vorstellung, wenn er Machtmittel meint. Ich müsste wissen, was er meint. Wir müssen analysie-

ren, wo die effektive Macht ist, auch bei einer Schwierigkeit, bei einem Konflikt, bei einem Dissens. Da müssen wir den Mut haben, das auch zu benennen und schauen, wo wirklich Macht ausgeübt wird und wo nicht. Und ich denke, wir können das nur tun und es kann nur gut kommen, auch in unseren Gemeinschaften intern, wenn wir uns bemühen möglichst sachgerecht, möglichst gerecht die Dinge zu sehen und daraufhin haben wir uns ja auch verpflichtet, auch in dieser ökumenischen Charta. Und wenn wir das gerecht versuchen, dann kann eigentlich dem, was befürchtet werden muss, wo immer Menschen zusammen sind, nämlich dass Macht ausgeübt wird, entgegengewirkt werden.

Frage: Ist es möglich, dass Christen in muslimischen Ländern Kirchen bauen?

Frage: Wie weit sind wir durch Angst geführt, dass wir einander immer noch so schlecht verstehen?

Frage: Ich habe immer das Gefühl, leiden in der Ökumene hat etwas zu tun mit Fundamentalismus. Überhaupt zum Problem Fundamentalismus: Wie man ihn angehen kann und wo er auch mehr vorkommt?

Frau Lenzin: Wenn sie die islamische Welt anschauen, dann ist sie übersät von Kirchen, von Kirchen jeglicher couleur, von Schulen. Die Kirchen sind in praktisch allen muslimischen Ländern präsent und dann müsste man die einzelnen Länder anschauen, die Verfassungen vergleichen, wie die Rechtslage genau ist. Das kann man nicht einheitlich beantworten für die gesamte islamische Welt.

E. Koller: Eine letzte Frage an die Podiumsteilnehmer, und in einem Wort: Was ist Ihr Fazit aus unserer Diskussion?

R. Lenzin: Man müsste viel mehr überlegen, ob wir nicht gemeinsam handeln könnten, auch wenn wir nicht das Gleiche glauben.

P. Siegfried: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Ich stimme Ihnen voll zu. Versuchen wir's. Beten wir darum, dass wir befreit werden von zu vielen Ängsten.

R. Trauffer: Fundamentalismus ist ein sehr schwieriges Wort geworden, weil es wirklich sehr verschieden gefüllt wird, je nachdem wo ich mich positioniere. Es kann durchaus legitim sein. Ich berufe mich auf ein Fundament. Ich stehe zu meinem Fundament. Dieses Haus Gottes hat ein Fundament. Europa hat ein Fundament. Wir sind nicht orientierungslos. Das ist ausserordentlich wichtig. Wie wir aber mit diesem Fundament umgehen, was für Ansprüche wir daraus ableiten, das sind dann die Fragen nach der Macht. Da braucht es immer eine Kritik. Da braucht es eine Religionskritik. Und da braucht es eine Hinterfragung und wir müssen dem standhalten. Und ich bin bereit, immer diese Frage auch nach der Macht zu beantworten. Das muss transparent gemacht werden können. Das Problem manchmal ist, sie erklären es, sie zeigen es auf, sie legen es vor. Aber sie können die Glaubwürdigkeit nicht erkaufen, auch durch ein Argument nicht. Entweder ist das Vertrauen gegeben und auch das Vertrauen in das, was wir miteinander teilen, dass das wirklich echt und authentisch ist oder es ist nicht gegeben und dann haben wir genau das, was hier ja

angemahnt wird, man soll nicht mit Vorurteilen arbeiten. Können wir vorurteilslos auch in schwierigen Situationen miteinander umgehen? Das ist eine sehr wesentliche Frage. Was wir dann wirklich meinen, wenn wir sagen wir bekämpfen jedes Machtgehabe oder jede Macht.

E. Zürcher: Ängste sind überall da. Auch bei uns gibt es teilweise Ängste. Und wir können nur gewinnen, wenn wir aufeinander zu gehen und zusammen sprechen, zusammen beten und Versöhnung leben.

S. Lutz: Gelegentlich habe ich Angst etwas zu verlieren und zu vergeben an meiner Identität, mich zu verändern. Aber diese Angst ist unbegründet. Ich könnte ja auch von anderen etwas gewinnen.

Foto 6

ATELIER 1: KONFESSIONSVERBINDENDE FAMILIEN

WEN ODER WAS VERBINDEN KONFESSIONSVERBINDENDE FAMILIEN? DIE FREUDEN UND SORGEN IM ALLTAG

Mitwirkende: Peter Felber, Pia, Grossholz, Peter Grossholz, Matthias Jäggi

„Die Grenze ist ein fruchtbarer Ort der Erkenntnis.“
Paul Tillich, Theologe

In der Vorstellungsrunde wird schnell sichtbar, dass sich die 16 Atelierteilnehmenden in mindestens zweierlei Hinsicht im „Grenzland“ aufhalten: ein grösserer Teil lebt in einem konfessionsverbindenden Familiensystem, andere haben es in ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit Ökumene und Interkulturalität zu tun. Für einige trifft beides zu – was nicht weiter erstaunt, da in der Schweiz die Zahl konfessionell homogener Ehepaare am sinken ist (vgl. nachstehende Zusammenstellungen von Peter Felber).

<p>Anteil Mischehen an Ehepaaren</p> <ul style="list-style-type: none"> 60 % der Haushalte sind christlich-einkonfessionell. (Mit überproportionalem Anteil ‚alter‘ Ehepaare.) Anteil konfessionell gemischter Ehen im Jahr 2000 beträgt 17 % der Haushalte (1970: 13,3%). Im gleichen Zeitraum ist aber der Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, die einer christlichen Kirche angehören, gesunken! Der Anteil von Mischehepaaren mit einem Teil ‚konfessionslos‘ beträgt 7% <p><i>Bundesamt für Statistik, Volkszählung 2000</i></p>	<p>Katholiken und Protestanten in konfessionell gemischten Ehen</p> <ul style="list-style-type: none"> 24% evangelisch-reformierte Mitglieder leben in konfessionell gemischten Ehen 19% der römisch-katholischen Mitglieder leben in konfessionell gemischten Ehen 											
<p>Konkubinate und Konfession</p> <ul style="list-style-type: none"> 12% der Personen in der Schweiz leben in einem Konkubinat. 16% Konkubinate konfessionell gemischt 17% Konkubinate haben einen Partner ‚ohne Religionszugehörigkeit‘ <p><i>Bundesamt für Statistik, Volkszählung 2000</i></p>	<p>Gemischt konfessionelle Eheschliessungen (1998)</p> <p>SCHWEIZ</p> <table border="0"> <tr> <td>Kath. Paare</td> <td>Gemischte Paare</td> <td>Protestant. Paare</td> </tr> <tr> <td>49 %</td> <td>51%</td> <td>63%</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>37%</td> </tr> </table> <p>BISTUM BASEL</p> <table border="0"> <tr> <td>43%</td> <td>57%</td> </tr> </table> <p>davon 2/3 katholisch-reformierte 1/3 katholisch-andere Konfession</p> <p>FAZIT: Für seriöse Pastoralplanung Problem höchster Dringlichkeit! <i>Artikel SKZ, Albert Ebnetter SJ</i></p>	Kath. Paare	Gemischte Paare	Protestant. Paare	49 %	51%	63%			37%	43%	57%
Kath. Paare	Gemischte Paare	Protestant. Paare										
49 %	51%	63%										
		37%										
43%	57%											

Verschiedene Teilnehmende stellen fest, dass sowohl kirchlicher- wie staatlicherseits noch zu wenig wahrgenommen wird, wie interkulturell sich die Beziehungslandschaft Schweiz präsentiert. Die Kirchen fahren im Wesentlichen auf ihrer je eigenen konfes-

sionellen Schiene. „Konfessionsverbindende Familien haben“, so Peter Felber, „kein institutionelles Gegenüber, das ihnen Heimat böte, sondern müssen sich bei jedem Kirchenkontakt für die Konfessionskirche A oder B entscheiden.“ Das erschwere die Mitgliederbindung, gerade bei jüngeren Menschen.

Um die Wahrnehmung zu schärfen, schlägt jemand vor, die Kirchen sollen die Erfahrung der Betroffenen stärker in ihre Arbeit einbeziehen. „Welche Institution leistet es sich schon, auf einen solchen Erfahrungsschatz zu verzichten...“

Ein anderer Weg, Freuden und Sorgen konfessionsverbindender Familien sichtbar zu machen, ist die Vernetzung der Betroffenen. Zwei Atelierteilnehmende aus der Romandie erzählen von der Vereinigung der konfessionsverbindenden Familien in der Schweiz VKF-CH (vgl. Prospekt im Anhang). Sie wünschen sich, dass die Vereinigung, die bisher fast ausschliesslich in der französischsprachigen Schweiz verankert ist, auch in der deutschen Schweiz Fuss fasst.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs taucht ein Problem auf, das nicht nur den Bereich konfessionsverbindender Familien betrifft: Der Verlust des christlichen Vokabulars. Vielen Menschen fehlt das Wissen und dadurch die Sprachfähigkeit in Glaubensfragen. Was tun? Einige Antworten: Die Kirchen müssen an ihrer Identität arbeiten und diese gut kommunizieren. Sie müssen auch sagen, worin sie sich voneinander unterscheiden. Es ist gescheiter, zusammen zu spannen und ein christliches Vokabular weiter zu geben, als so viele Vokabulare, wie es Konfessionen gibt.

Zum Schluss rückt noch einmal die Ökumene ins Blickfeld. Teilnehmende äussern zwei Wünsche:

- Mehr Ökumene im Religionsunterricht sowie in der Ausbildung von PfarrerInnen und KatechetInnen;
- Mehr ganz praktische Informationen zu Fragen, die sich konfessionsverbindenden Familien stellen (z.B. auf den Websites der Kirchgemeinden, etwa zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe).

Matthias Jäggi

Foto 7

ATELIER 2: EVANGELIKAL-LIBERAL

ÜBERSTEIGT DIE ÖKUMENE DIE POLARISIERUNG IN DEN KIRCHEN? IM SPANNUNGSFELD VON FRÖMMIGKEIT UND POLITIK

Mitwirkende: **Moisés Mayordomo, Urs Friedli, Werner Jampen, Elsbeth Zürcher, Martin Bauer**

Zu Beginn des Workshop stand ein historischer Rückblick in dem es Herr Mayordomo vor allem darum ging Begriffe zu definieren und deren Ursprung zu erhellen. Einblick gab er in die Begriffe Freikirche, Evangelikal, Fundamentalismus, Liberal. Dabei machte er deutlich, dass diese Begriffe je nach Schattierung und kulturellem Hintergrund anders verstanden oder gedeutet wurden oder immer noch werden. In der anschliessenden Diskussion stellte sich rasch heraus, dass eine wichtige Voraussetzung für einen fruchtbaren ökumenischen Dialog, genau diese Begriffsklärungen sind.

Werner Jampen machte dies anhand eines Beispiels aus seiner eigenen Praxis deutlich. Die Auseinandersetzung, die er uns schilderte, ereignet sich rund um den Begriff Evangelisation. Dass Evangelikale und Liberale darunter unterschiedliches verstehen und sich Evangelisation in der Praxis auf vielfältige Art und Weise manifestiert, war allen Teilnehmenden verständlich. Deutlich wurde aber bei den Ausführungen von Herrn Jampen, dass die Auseinandersetzung oft durch Vorurteile und persönliche Erfahrungen geprägt sind. Unser Denken kann geleitet sein vom „Verdacht“. Gewisse Begriffe von bestimmten Gemeinschaften oder Kirchen verwendet, lösen in uns möglicherweise einen diffusen negativen Verdacht aus. Oft scheinen wir nicht bereit, diesen Verdacht zu äussern oder sind uns dessen gar nicht bewusst. Unser Dialog ist zunehmend gestört, weil wir als oberflächlich Wissende einander begegnen und nicht in erster Linie als Fragende. Es kam daher im Laufe des Workshops die Forderung auf, es brauche eine Hermeneutik des „Verdachts“. Es sei wichtig unsere diffusen Vorstellungen und Bilder, die wir geschaffen haben, auf den Tisch zu legen, darüber zu sprechen. Sowohl Herr Friedli wie auch Frau Zürcher betonten die Bedeutung dieser Forderung nach einem „verdachtslosen“ Dialog.

Der Workshop fand in einer sehr engagierten und von persönlicher Betroffenheit geprägten Atmosphäre statt. Es wurde deutlich, dass wir noch viel mehr miteinander in einer Haltung des gegenseitigen Wohlwollens und Respekts ins Gespräch kommen sollten.

Martin Bauer

ATELIER 3: ÖKUMENE IM SOZIALEN HANDELN

KANN ÖKUMENE UNSER SOZIALES HANDELN FRUCHTBARER MACHEN? BASISÖKUMENE KONKRET

Mitwirkende: Carlo Fries, Seev Levy, Beat Wiesendanger, Kari Graf

- Ablauf
1. Vorstellungsrunde: Hintergrund und Motivation der Teilnehmenden
 2. Beat Wiesendanger, Kirchmeier der Gesamtkirchgemeinde Bern stellt kursorisch die einzelnen AKiB-Projekte vor.
 3. Seev Levy von der Passantenhilfe Bern erzählt von Schwerpunkten aus seiner Arbeit.
 4. Carlo Fries schildert seine Tätigkeit und das Konzept seiner Tätigkeit als Arbeiterpriester.
 5. Die Gesprächsrunde verdeutlicht einzelne Aspekte dieser verschiedenen Formen von diakonischem Engagement.

Schwerpunkte

Seev Levy betont, wie sich das Spektrum der Gäste in den letzten Jahren in Richtung Asylbereich verschoben hat. Die Passantenhilfe kann hier keine langfristigen Lösungsperspektiven anbieten. Aber es geht darum, dass die Gäste für einen Moment die Erfahrung machen, als Menschen gehört zu werden, ein Zeichen zu bekommen: etwas zu Essen, eine Spruchkarte in der eigenen Muttersprache, eine Bibel (wer das wünscht). Das sind für viele dieser Menschen die wenigen Begegnungen in der Fremde, wo sie sich als Menschen angenommen und ernst gemeint erfahren können. Für weitere fachliche Begleitung sind dann andere Stellen zuständig. Als jüdisch-christlichen Hintergrund nennt Seev Levy die Formulierung vom „Fremden in deinen Toren“ aus Ex. 20,10 und an anderen Orten.

Carlo Fries arbeitet als Magaziner in einer grossen Jumbo-Filiale und erfährt die Folgen der Umstrukturierung konkret: vor 5 Jahren arbeiteten 40 Personen auf dieser Abteilung. Jetzt sind es noch 29. Aber die Leistung musste in dieser Zeit gesteigert werden. Carlo Fries versucht, hier einen Ort der Menschlichkeit möglich zu machen durch seine Präsenz. Es geht ihm nicht um ein Projekt sondern um ein Zeichen des Reiches Gottes mitten in der Arbeitswelt. Er wird dort auch nicht als Priester wahrgenommen sondern als Mitarbeiter.

Fazit

Diese beiden Formen christlicher Präsenz im diakonischen Bereich betonen, dass es nicht nur um effektive, politisch wirksame Projekte geht sondern auch um elementare Präsenz bei und mit den Opfern der Gesellschaft. Die ökumenische und z.T. interreligiöse Ausrichtung ohne Missionierungsanspruch ist dabei selbstverständlich. Das Thema „gemeinsames Feiern“ stellt sich kaum. Es geht um elementare, niederschwellige, diakonische Präsenz. Gelungen für das Atelier fand ich die Kombination der theoretischen Überlegungen von Gret Haller und der mehr zeugnishaften Berichte im Atelier. Es machte den Teilnehmenden auch eine gute Identifikation mit dem eigenen Engagement möglich. Von daher finde ich es sinnvoll, auch in Zukunft diese Art von Atelier anzubieten.

Karl Graf

ATELIER 4: SCHRITTE AUF DEM WEG DER EUCHARISTISCHEN GASTFREUNDSCHAFT

WELCHE SCHRITTE WURDEN BEREITS GETAN, WELCHE SIND ZU TUN? IM SPANNUNGSFELD VON LEHRAMT UND KIRCHLICHER BASIS

Mitwirkende: Samuel Lutz, Roland-B. Trauffer, Rebekka Grogg, Res Meier, Christoph Knoch

Dr. Samuel Lutz, Synodalratspräsident der Kirchen Bern-Jura-Solothurn und Pater Roland-Bernhard Trauffer, Generalvikar des Bistums Basel diskutieren unter Leitung von Pfarrer Christoph Knoch mit einem Kreis von 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der reformierten, der römisch-katholischen und evangelisch-lutherischen Tradition. In der Runde dabei sind Pfarrerin Rebekka Grogg (ref.) und Pfarrer Andreas Meier (röm.-kath.) vom Ökumenischen Zentrum Kehrsatz und Pfarrer Harald Möhle (ev.-luth.).

Der „ökumenische Prozess ist keine Einbahnstrasse“. „Ökumene geschieht auf dem Weg des gegenseitigen Austauschs von Gaben und gegenseitiger Bereicherung.“ Zitiert der Gesprächsleiter Kardinal Walter Kasper und weist auf das Geleitwort der Broschüre „Für die Einheit der Kirchen in der Schweiz“ der Ökumene-Kommission der Schweizer Bischofskonferenz hin. Dort schreibt Bischof Kurt Koch, je näher man sich im Laufe der Geschichte gekommen sei, „desto schmerzlicher müssen wir auch erfahren, was uns noch trennt und was uns deshalb noch hindert, gemeinsam am eucharistischen Tisch des einen Herrn Platz zu nehmen“. Seiner Meinung nach leidet die Ökumene momentan allerdings „am meisten an unrealistischen Erwartungen und überzogenen Forderungen“.

In den einleitenden Voten wird deutlich, dass im Blick auf die eucharistische Gastfreundschaft noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Das bedauern alle Teilnehmenden sehr. Einigkeit herrscht darin, dass diese Spaltung ein Ärgernis ist und Schritte zu deren Überwindung nötig sind. Für alle klar ist, dass immer Christus, der Auferstandene der Einladende ist – durch wen jedoch bleibt strittig. Betont wird von verschiedenen Seiten, dass im reformierten Bereich in den letzten Jahren das Abendmahl eine ganz neue Wertschätzung erfahren hat, dabei wird auf die „Leuenberger Konkordie“ von 1973 verwiesen (1).

Stichwort: Schritte auf dem Weg

Die Charta Oecumenica sagt: „Wir verpflichten uns, füreinander und für die christliche Einheit zu beten; die Gottesdienste und die weiteren Formen des geistlichen Lebens anderer Kirchen kennen und schätzen zu lernen; dem Ziel der eucharistischen Gemeinschaft entgegenzugehen.“ Durch kreative gottesdienstliche Formen (Agape-Feiern; Brotfeiern, die sich an der orthodoxen Form des Antidoron (2) orientieren) lassen sich Schritte auf die eucharistische Gastfreundschaft hin tun. Wichtig, so Samuel Lutz, sei auch eine verbindlichere Form des in reformierten Gottesdiensten gefeierten Abendmahls. In der neuen Dienstanweisung für Pfarrpersonen seien Minimalstandards formuliert. Roland-B. Trauffer ist vor allem wichtig, dass jeglicher

Anschein von Druck oder Zwang zur Teilnahme an einer Kommunion vermieden wird und es nicht zu Vermischungen kommt.

Viele der Anwesenden bekunden Mühe mit den allzu langsamen Fortschritten und wünschen sich Signale von kirchenoffizieller Seite wie echte Schritte aussehen könnten.

Foto 8

Gastfreundschaft ist unter bestimmten Bedingungen möglich (3)

P. Trauffer erläutert diesen Sachverhalt mit Ausnahmen im Blick auf die Situation in Osteuropa mit römisch-katholisch/orthodox gemischten Orten und Familien. Auf Nachfragen der beiden Kehrsatzer Seelsorgenden bestätigt er, dass im Ökumenischen Zentrum in Kehrsatz durchaus eine Ausnahmesituation angenommen werden kann. Dieser Abschluss entlastet und lässt das Atelier ein wenig hoffnungsvoller enden als es begonnen hat.

Die die Tagung abschliessende Feier mit Teilen des Brotes als Stärkung auf den Weg nimmt die diskutierten Ideen auf.

Christoph Knoch

(1) Leuenberger Konkordie (1973): „Im Abendmahl schenkt sich der auferstandene Jesus Christus in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut durch sein verheissendes Wort mit Brot und Wein. Er gewährt uns dadurch Vergebung der Sünden und befreit uns zu einem neuen Leben aus Glauben. Er lässt uns neu erfahren, dass wir Glieder an seinem Leibe sind. Er stärkt uns zum Dienst an den Menschen. – Wenn wir das Abendmahl feiern, verkündigen wir den Tod Christi, durch den Gott die Welt mit sich selbst versöhnt hat. Wir bekennen die Gegenwart des auferstandenen Herrn unter uns. In der Freude darüber, dass der Herr zu uns gekommen ist, warten wir auf seine Zukunft in Herrlichkeit.“ – „Im Abendmahl schenkt sich der auferstandene Jesus Christus in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut durch sein verheissendes Wort mit Brot und Wein. (...) Die Gemeinschaft mit Jesus Christus in seinem Leib und Blut können wir nicht vom Akt des Essens und Trinkens trennen.“ (Zitiert nach der Sammlung der Gültigen Erlasse der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallens, GE 14-41, S.5f.)

(2) Antidoron der orthodoxen Kirche: Die Teilnahme an der Heiligen Kommunion setzt die Zugehörigkeit zur Orthodoxen Kirche voraus, körperliche und seelische Nüchternheit und vorherige Beichte. Zum Antidoron (gesegnetes, nicht konsekriertes eucharistisches Brot) am Schluss der Liturgie sind alle zugelassen. Die Verteilung des Antidoron (griech. Anti: anstelle von + doron: Gabe) ist ein Relikt der Urkirche, das heute an das Liebesmahl, die Agape, erinnern soll. Es sind kleinere Stücke von dem Brot, aus dem das Lamm und die übrigen Teilchen für die Proskomidie entnommen worden sind. Diese dadurch gesegneten Brote werden „anstelle der (Heiligen) Gaben“ an jene verteilt, die aus welchen Gründen auch immer nicht an der Heiligen Kommunion teilgenommen haben. In der Regel dürfen diese Gaben heute auch an gläubige Menschen anderen Bekenntnisses verteilt werden, denn auch sie werden durch die Teilnahme an der Göttlichen Liturgie für ihren aufrichtigen Glauben gesegnet.

(3) Canon 844 §§ 4-5 und das Ökumenische Direktorium erlauben die Zulassung von Nichtkatholiken zur Kommunion der römisch-katholischen Kirche unter bestimmten Bedingungen. Dies betrifft nicht nur die Todesgefahr, vielmehr kann die Bischofskonferenz andere Situationen benennen. Im umgekehrten Fall ist das kirchliche Gesetzbuch zwar restriktiver. Es schliesst es aber nicht völlig aus, dass es Fälle geben man, in denen „ein wirklicher geistlicher Nutzen dazu rät“, dass auch Mitglieder der römisch-katholischen Kirche als Gäste an einer nichtkatholischen Eucharistiefeier aktiv teilnehmen.

ATELIER 5: ISLAM UND POLITIK IN DER SCHWEIZ

WAS MÜSSEN DEMOKRATISCHER RECHTSSTAAT UND ISLAM EINANDER ABVERLANGEN UND ZUGESTEHEN? PRAKTISCHE SCHRITTE FÜR EINE DIFFERENZVERTRÄGLICHKEIT

Mitwirkende: Rifa'at Lenzin, Hartmut Haas, Albert Rieger

1. Situation des Islam im Kanton Bern. Einige Basisdaten

Gemäss Volkszählung 2000 leben gegenwärtig ca. 30'000 Muslime im Kanton Bern, schwerpunktmässig in der Stadt und Agglomeration Bern (ca. 12'000). Die grosse Mehrheit stammt aus den Ländern des Balkans (Ex-Jugoslawien) und der Türkei; ein kleinerer Teil aus den arabischsprachigen Ländern und aus Afrika. Rund 10% der hier lebenden Muslime haben das Schweizer Bürgerrecht. Die überwiegende Zahl der Muslime, sofern religiös praktizierend, organisiert sich in den verschiedenen islamischen Zentren bzw. Moscheen. Neben der grössten Moschee in der Stadt Bern am Lindenrain, die international und multikulturell geprägt ist, gibt es zahlreiche kleinere Zentren, die sich primär nach nationalen, ethnischen, kulturellen und sprachlichen Kriterien konstituiert haben (türkische, bosnische, albanische Zentren etc.). Seit einem Jahr besteht ein kantonbernischer Dachverband von mehreren islamischen Gemeinschaften unter dem Namen „Umma“.

2. Aktuelle Problemfelder

In der Atelier-Diskussion unter Beteiligung muslimischer Gäste, wurden verschiedene Problembereiche angesprochen, die das religiöse Leben der Muslime in der Schweiz gegenwärtig beeinträchtigen. Die muslimischen Teilnehmer/innen hielten fest, dass der einzelne Muslim heute in der Schweiz grundsätzlich seinen Glauben leben und seinen religiösen Pflichten nachkommen kann. In konkreten Bereichen besteht jedoch starker Handlungsbedarf:

- *Raumnöte.* In der Regel finden muslimische Gemeinschaften heute nur in Liegenschaften mit prekären Raumverhältnissen Unterkunft (ehemalige Tiefgaragen, Fabrikhallen, etc.). Die räumliche Enge führt oft dazu, dass die Gläubigen an Festen und Feiertagen ihre Gebete vor den Zentren auf der Strasse durchführen müssen. Gesuche für den Bau grösserer Zentren bzw. Moscheen scheiterten bisher an den fehlenden Baubewilligungen oder mangelnder Akzeptanz der Wohnbevölkerung in den betreffenden Kommunen.
- *Ausbildung der Imame.* Die Vorbeter und geistlichen Leiter der islamischen Zentren kommen bis heute ausschliesslich aus den betreffenden Herkunftsländern. Weil sie nur für wenige Jahre in der Schweiz bleiben, sind sie sprachlich, sozial und kulturell wenig integriert. Vor allem die Angehörigen der 2. Generation fordern gegenwärtig verstärkt die Ausbildung von Imamen in der Schweiz, die hier sozialisiert wurden und die Sprache kennen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Einrichtung von entsprechenden Ausbildungsgängen an Schweizer Hochschulen, was bis anhin nicht möglich ist.
- *Öffentlich-rechtliche Anerkennung.* Ein wesentlicher Schritt zur Integration in unseren demokratischen Rechtsstaat wäre die öffentlich-rechtliche Anerkennung

des Islam, der inzwischen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft in der Schweiz bildet (in einigen Kantonen wurden in den letzten Jahren die jüdischen Gemeinden öffentlich-rechtlich anerkannt). Eine solche Anerkennung setzt jedoch die gesellschaftliche Akzeptanz in der Bevölkerung voraus. Eine Volksabstimmung im Kanton Bern (1990) hat diese Anerkennung deutlich verworfen. Von Behördenseite wird zudem gefordert, dass sich die Muslime zuerst einigen und in repräsentativen Organisationen zusammen schliessen müssten. Die muslimischen Gäste im Atelier sehen darin allerdings häufig einen Vorwand. Auch das Christentum sei nicht einheitlich und es gebe auch grosse Integrationsprobleme bei den neuen Migrationsgemeinden (zum Beispiel von afrikanischen Christen). Noch wichtiger als die öffentliche Anerkennung sei heute die persönliche Akzeptanz im Alltag.

Exkurs zur Situation des Islam in Österreich. Ein muslimischer Teilnehmer im Atelier skizzierte die spezielle Geschichte und Situation des Islam in Österreich. Innerhalb Europas stellt die Behandlung des Islam in Österreich eine Besonderheit dar, denn bereits 1912 geht ein eigenes Islamgesetz auf die rechtliche Stellung der in Österreich lebenden Muslime ein. Die Donaumonarchie hatte 1908 das grossteils muslimische Bosnien Herzegowina annektiert. Dass nun rund 600'000 Muslime im Reichsgebiet lebten, fand seinen Niederschlag in diesem Gesetz, das über das eher auf die christliche Organisationsstruktur zugeschnittene Anerkennungsgesetz von 1874 hinausgeht und ausdrücklich den gesetzlichen Schutz von Religionsausübung und Religionsdienern des Islam ausspricht. 1979 konstituierte sich die islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich als Körperschaft öffentlichen Rechts. Für die Muslime ist damit nicht nur die freie und öffentliche Religionsausübung garantiert, sondern sie geniessen durch die Anerkennung Autonomie für ihre inneren Angelegenheiten. So unterrichten heute Lehrer/innen in Österreich Schüler/innen an den öffentlichen Schulen in islamischer Religion.

3. Ängste und Feindbilder

Im Atelier wurde die Frage diskutiert, wo die Ursachen der verbreiteten Ängste gegenüber dem Islam liegen. Warum ist z.B. nach dem Zusammenbruch des Feindbildes „Kommunismus“ (1989) der Islam fast nahtlos an dessen Stelle getreten? Einigkeit bestand darin, dass die Berichterstattung in den Medien dabei eine zentrale Rolle spielt, insofern sie vor allem negative Ereignisse und Bilder transportiert und den Alltag von über 90% der Muslime kaum zur Kenntnis nimmt. Es wurde aber auch gefragt, ob solche Ängste und Feindbilder nicht ebenso mit der psychischen Verunsicherung vieler Menschen bei uns angesichts einer zunehmenden Globalisierung zusammen hänge.

Am konkreten Beispiel des Schulalltags wurden schliesslich verschiedene Ängste und Spannungen konkret angesprochen. Obwohl der Schulalltag weitgehend problemlos verlaufe, komme es immer wieder auch zu Konflikten. Lehrer/innen sehen sich dabei in einem Spannungsfeld von Religionsfreiheit und Gemeinschaftserfahrungen/Integration. Zum Beispiel, wenn muslimische Mädchen nicht an Klassenlagern oder Schwimmunterricht teilnehmen können, oder wenn sich die Frage des Kopftuchtragens stellt, was in der Schweiz allerdings eher selten vorkomme. Die Vermutung wurde ausgesprochen, dass solche Probleme häufig nicht in der Schule beginnen, sondern von zu Hause, d.h. von den Eltern gesteuert werden. Auch das respektlose Verhalten muslimischer Schüler gegenüber Lehrerinnen führe immer wieder zu Problemen. Die Diskussion solcher Beispiele machte deutlich, dass eine

Unterscheidung von Religion und Kultur zwar wichtig, aber nicht immer einfach ist. Die muslimischen Gäste plädierten eindeutig dafür, dass in solchen Fällen die Schuldirektion klare Richtlinien geben müsse. Schüler/innen sollten gleich behandelt und nicht von einzelnen Unterrichtsstunden und der Klassengemeinschaft ausgeschlossen werden. Ebenso müsse gegenüber Lehrerinnen ein respektvolles Verhalten verlangt und durchgesetzt werden.

Albert Rieger

Foto 9

ATELIER 6: DAS HEILIGE IN DER POLITIK

WELCHE ROLLE SPIELT DIE RELIGION IN UNSEREM STAAT (IN DER SCHWEIZ UND IM KANTON BERN)?

Mitwirkende: Gret Haller, Regula Mader, Erwin Koller

Das Heilige

Die Menschenwürde ist es, die unantastbar und heilig ist, meinte ein Gesprächsteilnehmer. Gret Haller wiederholte ihre Aussage, dass für sie „Nie wieder!“, die Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg, die eigentliche heilige Verpflichtung in der Politik darstellt. Und weiter: „Wenn das Heilige von Mächtigen zur Erlangung von Macht missbraucht wird, sind wir verpflichtet, darüber zu sprechen, um den Missbrauch zu stoppen.“

Aber was meinen wir mit dem Heiligen? Auf der einen Seite meldete sich ein Atelierbesucher zu Wort, der soeben aus dem Tibet zurückgekehrt war. Er umschrieb das Heilige als das nicht Erfassbare, Kosmische, Grössere als der Mensch. Beim Heiligen gehe es um Ahnungen und Verheissungen, Dimensionen, die nicht auf Rationales zurückgeführt werden könnten. Das Heilige sei ein Bereich, der Ehrfurcht und Respekt, letztlich Schweigen verlange.

Andere Stimmen wurden laut: In unserem Religions- und Kulturverständnis dürften wir sehr wohl vom Heiligen sprechen. Die jüdisch-christliche Tradition habe das heilige All entrümpelt und Unterscheidungen zwischen Heiligem und Profanem aufgelöst. Der Begriff, die Realität und das Mysterium der Gerechtigkeit lägen nahe beim Heiligen. Gerechtigkeit ist nicht verfügbar, aber absolut notwendig. Rechtsstrukturen können Gerechtigkeit nie gewährleisten und produzieren immer auch Unrecht. Aber Recht als Prozess der Annäherung möchte immer möglichst viel Gerechtigkeit.

Der Tibet-Reisende versuchte am Ende die Synthese: Es gelte, dass wir uns immer fragen, wie Metaphysisches ins Gemeinwohl integriert werden könne, ohne dass dieser Weg zu Fundamentalismen führt.

Foto 10

Die Religion für die Menschenrechte

Wie greift Heiliges in die Politik ein? Und wenn die Menschenwürde missachtet wird: Wie wird Religion vom Problemfaktor zu einem Teil der Lösung?

TeilnehmerInnen schildern Erfahrungen: aus der Befreiungstheologie in Lateinamerika, wo religiöse Gemeinschaften zur „Kraftquelle“ für revolutionäre Politik geworden sind, oder aus der Zen-Meditation, die „Quelle“ für politische Arbeit wahrgenommen werden kann.

Die Positionen der Kirche müssen im Religiösen gründen, dürfen aber in der weiteren republikanischen Öffentlichkeit nicht exklusiv religiös begründet sein. Zugunsten des gesellschaftlichen Dialogs muss die Kirche aus der religiösen Sprache herauskommen und ihre Haltungen übersetzen. Dann können die Religionen heute auch zu den Vernunfts- und Menschenrechtstraditionen gehören (Habermas). Es gibt eine existentielle, vorbehaltlose Zugehörigkeit der Menschen zur Welt aufgrund ihrer Menschenwürde und zu einer Res Publica aufgrund ihrer Rechte. Ihr kommt in der europäischen Tradition immer Priorität zu vor anderen, beispielsweise religiösen Gruppenzugehörigkeiten.

Und: Wie geschieht der *persönliche* Schritt vom Heiligen in die Politik? Oder sind Heiliges und Politisches immer *gemeinschaftlich*, zumindest wenn es um lebensfördernde Entwicklungen geht? Und ist es klar, dass aus diesem Schritt prophetische Haltungen entstehen können, die immer auf Gewalt und Ablehnung durch die Mächtigen stossen?

In die Diskussion Eingang fand auch die Formel des deutschen Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der frühneuzeitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Die Religion gegen die republikanische Politik

Gret Haller betonte, dass sich viele EuropäerInnen derzeit der Gefährdung der eigenen Werte durch die Globalisierung nicht bewusst sind. Die Ökonomisierung des Lebens und das Angebot neuer religiöser Gewissheiten stellen unser Menschenbild und die Res Publica in Frage. Die Entstaatlichung vieler Bereiche hinterlässt Lücken, die mit religiösen Inhalten gefüllt werden. Eventreligionen, Bekenntnis- und Erweckungsbewegungen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

In der Diskussion blieb die Frage offen, ob die neoliberale Ökonomie auch Teil oder gar zentraler Ausdruck der Gefahr ist, wonach das Religiöse wieder an die Stelle des Gemeinwesens tritt. Tatsächlich werden wir wieder mit Glaubenssystemen konfrontiert: Es gibt angeblich zum herrschenden Globalisierungsmodell keine Alternative – there is no alternative (TINA). Die Menschenwürde steht nicht mehr unbedingt im Zentrum, die Freiheit gilt in erster Linie für die Ökonomie. Republikanische Freiheiten drohen durch Privatisierungen, Liberalisierungen, Deregulierung zu erodieren – „man wird zurückgeprügelt in Gruppenzugehörigkeiten“. Hat hier vielleicht die Religion sogar eine kritischprophetische Aufgabe, die neoliberale Ökonomie als einen Götzendienst zu entlarven? Verhilft hier aufgeklärte Religion, indem sie umgekehrt als erwartet, nicht ihre eigene, sondern die religiöse Sprache der Ökonomie für den öffentlichen Diskurs zu übersetzen hat, allenfalls der Res Publica und den Menschen zu ihrem Recht?

Matthias Hui

STÄRKUNG AUF DEM WEG

ÖKUMENISCHE FEIER

Bläser Eingangsspiel

Eingangswort

Ich begrüße Euch alle zur Schlussfeier unserer Tagung. Wir machen Rast nach den Aktivitäten dieses Tages und stärken uns für den Weg, der vor uns liegt heute Abend, morgen und an allen weiteren Tagen.

Wir stimmen uns auf diese Feier ein mit Worten von Pierre Stutz:

Verweile im Augen-Blick
lass dich anstiften zur Hoffnung
die dich weltweit verbindet
mit Frauen und Männern
die das Wesentliche suchen und feiern

Verweile im Hier und Jetzt
lass dich bewegen zum Vertrauen
das dich in deine Tiefe führt
zum heiligen Ort in dir
der dich mitfühlen lässt mit aller Kreatur

Verweile im Augen-Blick
lass dich berühren zur Liebe
die dich erinnert
an das Geschenk des Lebens
das sich im miteinander Teilen konkretisiert

Verweile im Hier und Jetzt
lass dich bestärken zum Innehalten
das dich Kraft schöpfen lässt
zum Engagement
für eine zärtliche Gerechtigkeit

Alle Lied „Wenn Menschenhände...“

Ökumene – Religion – Politik – in sechs Ateliers haben wir uns mit unserem Thema auseinandergesetzt. Aus jedem Atelier hören wir jetzt ein Statement, auf das wir mit einem Gesang antworten wollen, um es zu bekräftigen, es als Bitte, Klage oder Dank vor Gott zu bringen.

Atelier 1

Die Mehrheit der schweizerischen Ehen ist gemischt konfessionell. Wenn wir daran glauben, dass das Christentum Heil und Frieden bringen kann, so müssen wir dies auch für die Konfessionen fordern und dafür auch die Erfahrung der gemischten Paare einbeziehen und nutzen. Wir wünschen uns Klarheit im Gemeinsamen und im Trennenden und ein wirklich gleichberechtigtes Nebeneinander, denn die Grenze ist ein fruchtbarer Ort der Erkenntnis.

Zwischengesang: Herr, gib uns deinen Frieden

Atelier 2

In Gottes Namen. Im Namen Gottes. Du sollst Dir keine Modellvorstellungen machen. Sie entsprechen eh nicht der Wirklichkeit. Da wir jedoch nicht um sie herum kommen, lasst uns darüber sprechen, einander zuhören, jedoch ohne uns gegenseitig zu bedrängen.

Zwischengesang: Sende dein Licht und deine Wahrheit

Atelier 3

Gott, lass uns menschlich werden, echt mitmenschlich, mitmenschlich leben und lieben. Du, Gott, wir leiden an dem Zwiespalt zwischen der Theologie und den Armen und Kleinen. Und manchmal leiden wir an unserer harten Flüchtlingspolitik. Wie können wir uns wehren. Du, du bist solidarisch mit uns geworden. Du, du hast gelebt unter uns. Du, lebe weiter unter uns und sei uns nah, in den Kleinen, in den Flüchtlingen, in den Armen. Wir danken Dir. Wir danken Dir dafür. Amen.

Zwischengesang: Halleluja

Atelier 4

Unsere Kirchen haben verschiedene Standpunkte. Die können wir uns erklären. Und dann gibt es Schritte, die wir machen können. Da sind wir unterschiedlich weit. Als Einzelne sind wir unterschiedlich weit, aber auch die kirchlichen Gremien sind unterschiedlich weit. Und je nach unserem Standpunkt leiden wir darunter. Aber es gibt auch Dinge, die geschehen sind und die wir feiern können. Etwas was mich am meisten berührt hat in unserem Atelier ist im Gespräch mit Herr Trauffer, dass er, angesprochen auf dieses Zentrum und was hier zusammen gewachsen ist, untrennbar, dass er hier den Heiligen Geist am Werk sieht. Eine solche Annäherung und ein solches Anerkennen von was wir tun gegenseitig, finde ich grossartig.

Zwischengesang: Ubi caritas

Atelier 5

Ich nehme ein Wort von Rifa'at Lenzin vom Vormittag auf. Sie sprach von der gemeinsamen Geschichte, die Muslime, Juden und Christen miteinander verbindet. Ich verbinde das meinerseits mit dem intensiven Gespräch heute Nachmittag über die vielfältigen Aspekte des Zusammenlebens von Muslimen und Christen in der Schweiz. Und ich verbinde es mit der Hoffnung, dass wir in der Fortsetzung des Dialogs und der praktischen Solidarität uns immer stärker auch als Schwestern und Brüder erkennen, sodass wir eines Tages gemeinsam aus den heiligen Texten von Juden, Christen und Muslimen miteinander die Verheissung hören so wie sie im Matthäus-Evangelium, in der Offenbarung, im Psalm 126 und in der Sure 3 niederge-

schrieben sind: „Wenn Gott die Gefangenen aus der Fremdenangst und den Vorurteilen erlösen wird, dann wird der Mund voll Lachen sein und die Zunge voll Rühmen sein und der Tod und das Töten wird nicht mehr sein noch Leid noch Geschrei noch Schmerz. Dann wird ein Wetteilen sein nach der Verzeihung Gottes und zu einem guten Garten dessen Land weit ist wie die Himmel und die Erde.“

Zwischengesang: Laudate omnes gentes

Atelier 6

Wie kann das Heilige wirklich und konkret einfließen in politische Fragestellungen und dabei doch den Charakter des Geheimnisses, des Anderen, des Ungreifbaren behalten und trotzdem auch den Kontakt mit dem Boden bewahren? Und wie kann Religion und Religiöses zu einer Kraftquelle, ja gar zu einem konstruktiven Beitrag, zu einem Lösungsaspekt unserer Fragen werden, statt bloss ein Problem oder eine Gefahr für das politische Leben zu bleiben? Und wie pflegen wir einen Übersetzungsprozess, der von klaren Haltungen und Positionen ausgeht und argumentiert und trotzdem nicht vereinnahmend ist? Es geht doch heute auch darum, nicht bloss die Religionen, nicht bloss den Nationalismus, nicht bloss den Ethnozentrismus als Religion als neue Religionen zu entlarven sondern auch den neoliberalen Ökonomismus. Könnte nicht gerade die Religion aufgrund ihrer eigenen schmerzhaften und belasteten Geschichte auch dazu etwas beitragen? – „Der liberale Staat lebt von Voraussetzungen, die er aufgrund seiner Liberalität eigentlich nicht garantieren kann.“

Zwischengesang: Kyrie

Alle Unser Vater unser

Bläser Zwischenspiel „Brich mir das Brot...“

Foto 12

Meditation zum Brotteilen

Wir haben an diesem Tag unsere Gedanken und Ansichten einander mitgeteilt und sie miteinander geteilt. Darin haben wir uns als eine Gemeinschaft erlebt. Nun wollen wir uns, bevor wir wieder von hier aufbrechen, gemeinsam stärken für den Weg, der vor uns liegt.

Wir haben hier Brot, das wir miteinander teilen wollen. So hat auch Jesus das Brot geteilt mit vielen, denen er in seinem Leben begegnete: mit Frommen und mit Gleichgültigen, mit Freunden und mit Feinden, mit denen, die ihn schon gefunden hatten und mit denen, die noch auf der Suche nach ihm waren. Die Gemeinschaft des Brotteilens war ihm ein Zeichen der neuen Welt Gottes.

Im Brotteilen entsteht Gemeinschaft. Das gemeinsame Brot verbindet uns untereinander. Wir sind nicht allein, sondern einander Weggefährtinnen und Weggefährten. Wir stärken uns mit dem Brot des Lebens, das Jesus Christus selbst für uns sein will. Indem wir das Brot miteinander teilen, erinnern wir uns an ihn und machen uns bewusst, dass er mitten unter uns ist und dass er uns auf unserem Weg begleitet.

Alle Lied „Brich mir das Brot des Lebens“ (*Begleitung durch die Bläser*)

Wir geben einander nun das gebrochene Brot weiter und sagen einander dabei, wenn wir mögen, einen kurzen Wunsch, eine Ermutigung, einen Segen oder etwas anderes zu.

Während der Austeilung Improvisationen von Christof Fankhauser, Klavier

Sendung und Segen

Unser gemeinsamer Tag ist zu Ende. Wir haben uns gestärkt und wollen nun, bevor wir auseinander gehen, Gottes Segen erbitten und empfangen:

Geht, ihr Geretteten, tragt Hoffnung in die Welt!
Geht, ihr Fröhlichen, tragt eure Freude in die Welt!
Geht, ihr Ermutigten, tragt den Mut in die Welt!
Geht, ihr Geliebten, tragt die Liebe in die Welt!
Geht, ihr Gesegneten, tragt Gottes Segen in die Welt!
So segne euch, so segne uns alle der mächtige und liebende Gott,
der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

Alle Amen

Bläser Ausgangsspiel

Foto 11